

Bezugspreis:

Vierteljahr 16.50 M., monatlich 5.50 M. frei ins Haus, wocentlich 1.50 M. Postbezugs monatlich 5.50 M. etc.

Der "Morgen" mit der Sonntagsbeilage "Welt u. Zeit" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 25. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die schreibweise Romanzeilen betragen 20 Pfennig. Kleine Anzeigen, das erste gedruckte Wort 75 Pfennig, jedes weitere Wort 50 Pfennig.

Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, nächst dem allgemeinen Gewerkschaftsverband die höchste Instanz der deutschen Gewerkschaftsbewegung, hat gestern folgende Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten beschlossen:

- 1. Das Gesetz über Betriebsräte gibt den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit, in den Betrieben ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Durchführung gewerkschaftlich geregelter Arbeitsverhältnisse und wirtschaftlicher Förderung des Betriebes auszuüben.

Vorschlagslisten aus ihren Reihen gesplittert wird. Eine Verständigung mit den vorhandenen Stellungen innerhalb unserer Gewerkschaften im Bezirk des Ortsausschusses über gemeinsame Vorschlagslisten ist deshalb in jedem Fall anzustreben.

8. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die freien Betriebe zuständigen Gewerkschaften. Sind in einem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

9. Die aufzustellenden Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des A. D. G. B. angehören, oder wenn sie Angestellte sind, einer der A. S. angehörenden Organisationen. Bei der Auswahl darf nicht die politische Richtung der Gewerkschaftsmitglieder maßgebend sein, sondern es müssen gewerkschaftliche und berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und moralische Festigkeit entscheiden.

10. Besondere Organisationen der Betriebsvertreter und besondere Vertretungen für Aufgaben der Betriebsvertretungen sind nicht zulässig. Dagegen ist es Aufgabe der Gewerkschaften, die Betriebsvertreter ihrer Organisation, und Ausgabe des Ortsausschusses, die Betriebsvertreter im allgemeinen, in Sitzungen und Versammlungen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und mit den nötigen Informationen und Instruktionen zu versehen.

Die vorstehenden Richtlinien stehen in erfreulichem Einklang zu dem Standpunkt, der in der Betriebsrätefrage hier ständig vertreten worden ist. Es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß die Sozialdemokratische Partei als Ganzes bereit sein wird, auf den Boden dieser Richtlinien zu treten.

Dagegen ist nach allem Vorgegangenen nicht zu erwarten, daß sich die Unabhängigen mit diesen Richtlinien, die für die Gesamtheit der Gewerkschaften bindend sind, abfinden werden. Benignität in Berlin haben sie sich schon soweit verrannt, daß ein Weg zur Verständigung nicht sichtbar ist.

Die Steuergesetze.

Beratung in der Nationalversammlung.

Am Donnerstag tritt die Nationalversammlung zusammen. Finanzfragen werden sie fast ausschließlich bis Ostern beschäftigen. Im Plenum werden die in der Steuerkommission fertig gestellten Entwürfe des Einkommen- und des Kapitalertragssteuer- wie des Landessteuergesetzes verabschiedet werden, so daß sie noch im Monat März Gesetzeskraft erlangen können.

In der Kommission freilich wird viele vorbereitende Arbeit für die Verhandlungen der Nationalversammlung geleistet werden. Wahrscheinlich wird bis Ostern in der Verfassungskommission das Gesetz über die Wahl des Reichstags und die des Reichspräsidenten und das über die Volksbegehren fertig gestellt werden.

Jedenfalls wird der Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit in den Finanzfragen liegen. Die Steuervorlagen, die durch die Ausschüsse wesentlich umgearbeitet sind, sind tief einschneidend in die Steuern. Das gilt zunächst von dem Einkommensteuer- und dem Kapitalertragssteuergesetz, während das Landessteuergesetz bestimmt, welche Erträge aus den Reichsteuern dem Reiche verbleiben und welche Anteile den Ländern überwiesen werden sollen.

Aus dem Gange der Ausschussberatung kann man schließen, daß diesen Gesetzen im Plenum der Nationalversammlung keine besonderen Schwierigkeiten entgegengestellt werden dürften. Steine liegen erst auf dem Wege, der von dem Abschluß der dritten Lesung der Gesetzesentwürfe in der Nationalversammlung bis zu ihrer Annahme in die Gesetzesammlung führt.

Erzberger vom Dienst entbunden.

Auf eigenen Antrag.

Berlin, 24. Februar. (WZB.) Nach Bekanntgabe der gestohlenen Steuerlisten des Reichsfinanzministers Erzberger in der Presse hat dieser unverzüglich beim Finanzamt in Charlottenburg eine Untersuchungsgesitzung beantragt und damit seinerseits auf jede materielle Erwiderung in der Presse verzichtet.

Die Gründe, aus denen Herr Erzberger die Entbindung von seinen Dienstgeschäften auf seinen eigenen Antrag hin bewilligt wurde, sind ungemein klar. Herr Erzberger ist im Helfferichprozeß zunächst zugerufen worden, doch er früher als Abgeordneter seinen Einfluß zu seinen privatwirtschaftlichen Zwecken mißbraucht hätte.

Anderer steht es mit den Vorbürden, die gegen die Steuermoral Erzbergers erhoben wurden. Hier muß die Untersuchung von Organen geführt werden, die bisher Herr Erzberger als Minister unterstellt waren, die Untergebenen können aber nicht ohne daß der Verdacht einer Beeinflussung entsteht, die Handlungsweise ihres Vorgesetzten prüfen. Darum war es unbedingt notwendig, daß sich Erz-

berger von den Dienstgeschäften zurückzog. Er ist so ohnehin durch den Helfferichprozeß so in Anspruch genommen, daß ihm zu Amtsgeschäften nur noch wenig Zeit blieb.

Ein abschließendes Urteil über den Fall Helfferich-Erzberger behalten wir uns vor. Für heute ist nur festzustellen: Erzberger mag schuldig oder unschuldig sein, Herr Helfferich kommt es auf seinen Fall auf die Moral an, sondern darauf, den Träger einer ihm verhassten Politik unschuldig zu machen. Diese Absicht der Gegner muß erkannt und durchkreuzt werden.

Die Reichsregierung haben gleich bei der Beratung der Steuergesetze Gelegenheit zu zeigen, daß ihre grundsätzliche Stellung durch persönliche Angelegenheiten nicht berührt werden kann. Ob Erzberger schuldig oder unschuldig ist, ob er zurückkehrt oder nicht, die besitzenden Klassen sollen deswegen keine Mark-Steuer weniger zu bezahlen haben!

Die Beschlagnahme der Großbüchse Dr. Helfferichs "Apert mit Erzberger" ist, wie die "S.P.R." hören, auf Antrag des Justizrats von Gordon erfolgt. Die Beschlagnahme ist also von Seiten Erzbergers selbst ausgegangen.

Die deutsche Entschädigungssumme.

Die Presseinformation meldet aus London: Die Verhandlungskommission beschloß, zur Festsetzung der von Deutschland zu fordernden Entschädigungssumme die Sachverständigen der Alliierten in der nächsten Woche nach Paris einzuberufen, damit die Entschädigungsansprüche innerhalb der nächsten drei Monate an Deutschland überreicht werden könnten.

Auflösung des bulgarischen Parlaments.

Amsterdam, 24. Februar. "Times" berichtet aus Sofia, daß der bulgarische Ministerpräsident das Parlament aufgelöst hat. Die Neuwahlen werden am 9. März stattfinden.

Die drei Gesetze, die tatsächlich neue und große Reichs-einkommen schaffen sollen, sind reine direkte Steuern, während das Landessteuergesetz nur über diese Einkommen verfügt. Es liegt der Nationalversammlung kein Gesetz über eine indirekte Steuer vor. Diese Steuergesetze haben einen scharfen antikapitalistischen Charakter. Das Einkommensteuergesetz geht unter Schonung der kleinsten Einkommen in rascher Steigerung der Steuerhöhe bis zu der steuerlichen Erfassung von 50 bis 60 Proz. des Einkommens der Reichsten. Wo die Einkommen und soweit die Einkommen auf Renten verschiedenster Art beruhen, erfolgt unter weitgehender Schonung der kleinen Rentner und auch der Stiftungen, Wohlfahrtsvereinigungen und wissenschaftlicher Institute eine Steigerung der Steuer um 10 Proz. des Renteneinkommens, so daß ein sehr Reicher, der sein ganzes Einkommen aus den Zinsen von Reichs-, Staatspapieren, städtischen Aktien, Anleihen und dgl. zieht, annähernd sieben Zehntel seines Einkommens dem Reiche abzugeben hat und bloß rund drei Zehntel des Einkommens für sich behält. So ergänzt das Kapitalsteuergesetz das Einkommensteuergesetz.

Das Einkommensteuergesetz wird weiter ausgebaut durch das Körperschaftsteuergesetz, dem juristische Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts, sowie alle Vergewerkschaften, nichtrechtsfähige Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen usw. unterliegen, während Reich, Länder und Gemeinden, die Träger der Reichsverwaltung und ähnlichen Zwecken dienenden Klassen, aber nicht die Kirchen und was sonst zur „toten Hand“ gehört, von dieser Steuer befreit sind. Die Steuer beträgt 10 Proz. in zahlreichen Fällen aber bis 20 Proz. des Einkommens, wobei Reichsrat und Reichsregierung abweichende Steuertarife vorschlagen.

Auf die Einzelheiten dieser Gesetze wird zur Zeit ihrer Beratung noch besonders eingegangen sein. Heute genügt die Bemerkung, daß der antikapitalistische Charakter der Steuergesetzgebung, die kein Vorbild in der Höhe der Steuerhöhe anderer Länder hat, der ganzen Welt erweist, daß Deutschland alles daran setzt, um den ihm aufgezwungenen Verpflichtungen Rechnung zu tragen.

Den im Ausschuss verabschiedeten Gesetzen wird — unter Vorbehalt einiger Anträge — die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung jedenfalls ihre Zustimmung geben.

Streit im Wiedergutmachungsausschuss.

Opposition gegen Frankreich.

Paris, 24. Februar. Der Auslandskorrespondent des „Matin“, Sauerwein, der wiederum Ministerpräsident Millerand nach London begleitete, telegraphiert seinem Blatt, es sei in London sein Geheimnis für irgend jemand, daß die Debatten des Wiedergutmachungsausschusses in den letzten Tagen sehr heftig gewesen wären. Mit Ausnahme des belgischen Delegierten hätten alle Kollegen des Senators Jonnart gegen die Eingriffe, die die französische Regierung in Berlin hinsichtlich der Besetzungsdauern für die Rheinlande unternommen habe, protestiert. Sauerwein fügt hinzu, man habe ihm gesagt, Senator Jonnart hätte die Opposition nicht überzeugen können, und sein Nachfolger Poincaré finde eine äußerst schwierige Lage vor. Er meint auch, in demartig wichtigen Fällen hätten die Vertreter der Alliierten in dem Wiedergutmachungsausschuss die Instruktionen ihrer Regierungen zu erhalten. Sei das in diesem wichtigen Fall auch geschehen? Es wäre unmöglich, daß dies nicht geschehen sei, denn bei einer Frage von solcher Bedeutung müßten die Chefs der alliierten Regierungen die Verantwortlichkeit übernehmen und dürften ihre Vertreter nicht aus eigener Initiative handeln lassen.

Eine bürgerliche Frau über Bebel.

Von Minna Bauer.*)

Ein Erinnerungsblatt voller Dankbarkeit kann es nur sein, nichts als das; doch die Dankbarkeit irrt sich dem ungewöhnlichen Namen, der auf meine politische Entwicklung so starken Einfluß gehabt hat, schon bei seiner Lebenszeit zu. Von dem Augenblick an, da mir der Kampf der Arbeiter um ihre Rechte klar wurde, lebte ich inmitten der Arbeiterbewegung. Erfassen wollte ich, was sie bedeutet, — erkennen, warum von oben her die schweren Verfolgungen gelitten, von unten aber das Drängen und Ringen nach Licht, nach besseren und höheren Lebensbedingungen sich mächtig regte.

In dieser Zeit lernte ich Bebel als Redner kennen. Dingerissen von der Glut seines Empfindens für die Arbeiterklasse, die seine ganze Persönlichkeit erfüllt hatte, versuchte ich, wo immer es möglich war, im Reichstag oder in Volksversammlungen ihn zu hören. Fast keine seiner großen Vortragsreden ließ ich mir entgehen. Unter dem Einfluß erfrischender und mutiger Reden suchte ich dann im stillen Kämmerlein die Idee des Sozialismus zu ergründen und stand oft, ach! vor so viel Fragen und Problemen, die auch heute noch lange nicht gelöst sind, nicht bei mir, nicht bei den Parteien, nicht in der Welt überhaupt.

Persönlich lernte ich August Bebel erst 1895 kennen. Im Konflikt mit mir und dem, was ich überall im politischen Leben sah, hörte und erfuhr, suchte ich einmal Bebel in seinem einsamen, schlichten Heim auf. So einfach und schlicht trat mir auch dieser Kämpfer entgegen. Nichts an ihm verriet den von sich und seiner politischen Bedeutung eingenommenen Mann. Nachdem ich ihm meine innere politische Krise darlegte, fragte ich ihn: „Was tut nun ein solcher Mensch, der in seiner bürgerlichen Haut steckt und zu anderen Ueberzeugungen sich durchgerungen hat, — soll ich zu Ihrer Partei übertreten oder glauben Sie, daß ich auch in unsern Vereinen für den Sozialismus wirken kann? Bebel lächelte, reichte mir die Hand und sagte: „Bleiben Sie in den Vereinen, wo Sie leben, wirken Sie dort, ich weiß nicht, ob Sie Ihrem Wesen nach unter uns das finden, was Sie suchen. Wir sind eine Arbeiterpartei, und Arbeiter sollen zunächst unsere Sache tragen.“ Es war, so viel ich mich erinnere, Bebel's innerste Ueberzeugung, daß die Arbeiter allein die Träger ihrer Bewegung sein sollten. Ueberläuter aus den bürgerlichen Schichten liebt er nicht.

Seit dieser Unterredung stand Bebel mir, so oft es notwendig wurde, mit Rat und Tat zur Seite. So vor allem, als wir um die Wende des Jahrhunderts noch im bürgerlichen Gesetzbuch für die Frauen retten wollten, was zu retten war. Von ihm erhielt ich Direktiven, wie man noch auf die bürgerlichen Parteien wirken

Die französische Gewaltpolitik erregt offenbar bei den übrigen Alliierten immer größere Bedenken. Die Note Millerands vom 8. Februar, in der anlässlich des französisch-deutschen Kohlenkonfliktes mit allerlei Begeltungsmäßigkeiten gedroht wurde, war ein selbständiger Schritt der französischen Regierung. In ihrem amtlichen Kommentar hatte die „deutsche Reichsregierung u. a. bemerkt, daß für die Beurteilung dieser Fragen nur der Wiedergutmachungsausschuss zuständig“ sei. Denselben Standpunkt scheinen nunmehr auch Frankreichs Bundesgenossen eingenommen zu haben. Daß die Vertreter Englands, Italiens usw. im Wiedergutmachungsausschuss nur auf ausdrückliche Weisung ihrer Regierungen gegen Millerands Vorgehen Einspruch erhoben haben, dürfte, wie der Berichterstatter des „Matin“ mit Recht hervorhebt, kaum zu bezweifeln sein.

Wenn wir diesen Protest begrüßen, so geschieht das nicht etwa aus nationalem Egoismus oder weil wir auf Unstimmigkeiten zwischen den Siegern spekulieren, sondern weil es unsere tiefste Ueberzeugung ist, daß die französische Gewaltpolitik, die unter Clemenceau und Poincaré eingeleitet wurde und die jetzt von Millerand in viel leicht noch verstärkter Form fortgesetzt wird, ein Unheil für die ganze Welt bedeutet, und daß sie namentlich in Deutschland zur Stärkung der Reaktion beiträgt. Es ist höchste Zeit, daß das amtliche Frankreich wieder zur Vernunft kommt, und wenn dies nicht von selbst geht, daß es von seinen Bundesgenossen allmählich zur Vernunft gebracht wird!

Basel, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Matin“ zufolge wurde in London über die Verteilung der deutschen Schiffe beraten. Bei der vorläufigen Verteilung hat Frankreich 540 000 Tonnen bekommen, worunter sich sehr wenig Handelsdampfer befinden. Das sind nur 50 Proz. der französischen Verluste. England aber meint, daß das noch viel zu viel sei, und verlangt, daß Frankreich von diesen Schiffen 300 000 Tonnen zurückgeben solle. Dagegen protestieren nunmehr das französische Parlament und die Regierung.

Wilson's Opposition gegen die Regelung der türkischen Frage.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet, die Anhänger von Wilson folgten, er sei entschlossen, einen bedeutenden Anteil Amerikas an der Regelung der türkischen Frage zu verlangen. Er stehe den Plänen Englands und Frankreichs feindlich gegenüber und lehne sie imperialistisch. Die adriatische Episode werde jetzt als ein einfaches Vorspiel zu einer energischeren Intervention Wilsons gegenüber den Plänen der Entente betrachtet.

Der Washingtoner Korrespondent der „Morningpost“ meldet, daß die Antwort Wilsons auf die Note der Alliierten gestern abgesandt worden sei. Wilson verwerfe darin das Kompromiß vom 20. Januar und beharre auf seinem Standpunkt, daß das Memorandum vom 9. Dezember als endgültige Regelung anzusehen sei.

Schweiz und Völkerbund.

Bern, 24. Februar. Die Kommission des Nationalrats für den Völkerbund beschloß heute gemäß dem Antrage des Bundesrats mit 16 gegen 7 Stimmen, im Nationalrat zu beantragen, in dem November 1919 gefassten Bundesbeschluss über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund den Passus zu streichen, nach dem die Vereinigten Staaten zuerst dem Bund angeschlossen müssen, bevor die Schweiz beitrete. Ebenfalls mit 16 gegen 7 Stimmen wurde beschlossen, im Nationalrat zu beantragen, grundsätzlich dem Völkerbund beizutreten.

Wünste. Eines Tages hatte ich Vertreter aller Parteien zu einer kurzen Unterredung zusammengetrommelt, Bebel schiedte Singer dazu, da er gerade wieder einmal, wie so oft, ein Redebüel hatte. Diese denkwürdige Zusammenkunft werde ich nie vergessen, es handelte sich um die Vervollständigung der Frau im Familienrecht, und ob dafür eine große Volksversammlung, wozu wir Vertreter aller Parteien einladen wollten, von Nutzen sein könnte. Die Abgeordneten rieten dazu, vor allem Singer im Auftrage von Bebel, dem Wortkämpfer für die Rechte der Frauen. Diese Versammlung war eine der eigenartigen und eindrucksvollsten. Der verstorbene Abgeordnete Niderl von der Fortschrittlichen Volkspartei rief am nächsten Tage im Reichstag: „Meine Herren, es wäre gut gewesen, wenn der ganze Reichstag der Frauenversammlung beigewohnt hätte, die Frauen werden nicht aufhören, bis sie ihre Rechte erhalten haben, aber wir haben auch hören müssen, wie scharf Frauen kritisieren können.“

Glänzend bewährte sich Bebel's Hilfe beim Kampf der Frauen um das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht in Preußen. Hierbei trat Bebel's Rat so recht in die Erscheinung: Unermüdlich arbeitend, inmitten einer Ueberlast von Arbeiten, erzielte er dennoch auch der bürgerlichen Frau, wo immer sie ihn befragte, Auskunft über Mittel und Wege zur Erreichung des Zielles. Nie war Bebel dabei persönlich oder anfassend, verlegend gegen Persönlichkeiten, — die Sache, das Ziel waren ihm dabei die Hauptfache. Freilich, er erwartete von der preussischen Regierung nicht viel, eigentlich gar nichts, aber der Kampf um Rechte stand vor ihm und lag in ihm. Er mußte ausgerungen werden, sei es wo es sei.

Als Bebel die Jubiläumnummer seines in aller Welt berühmten und in fast allen Sprachen übersetzten Buches: „Die Frau und der Sozialismus“ (25. Auflage 1895) erscheinen ließ, überlieferte er sie mir mit den Worten: „Gib Wahn für die neue Zeit und für die neue Frau.“

Ja, er war ein Wahnbrecher! Sind wir es? Sehen wir unser alles ein, um die neue Zeit herbeizuführen? Lebt der Geist dieses Mannes noch in den Massen, wird die Arbeiterbewegung noch von den Idealen dieses Kämpfers getragen? Es ist nicht meine Aufgabe, hierüber zu urteilen. Nur das eine weiß ich, daß Bebel in der Geschlossenheit der Arbeiterbewegung ihre Kraft und ihre Macht sah. Wäre Bebel der Retter in dem jetzigen politischen Chaos gewesen? War er ein weltkühnender Staatsmann? Ich weiß es nicht. Vor dem reinen Willen dieses Führers hätten sich doch wohl die zerlegenden Elemente gebeugt, von seiner starken Persönlichkeit hätten sie sich vielleicht fähren lassen. Oder auch nicht —, dann wäre Bebel innerlich zerbrochen. Vielleicht bewahrte ihn ein altes Geschick vor dieser bittersten Erfahrung, die ein edler Kämpfer erleben kann.

Und dennoch, die neue Zeit wird kommen, Bebel war ein großer und bahnbrechender Vorkämpfer, sein Bild wird immer mehr und während vor der gefamten Arbeiterklasse stehen und daher auf die besten Geister seiner Partei wirken.

Prozeß Caillaux.

Paris, 24. Februar. Der Oberste Gerichtshof setzte heute nachmittag die Verhandlungen im Prozeß Caillaux fort. Zu Beginn der Sitzung ließ Senatpräsident Bourgeois einige Briefe, die der Ungar Lippicher an seine Freundin in Frankreich gerichtet hatte, verlesen. In einem dieser Briefe sagt er, daß er die Affäre Caillaux für erledigt betrachte. In einem anderen wiederholt er, man könne weder auf Josef, also auf Caillaux, noch auf Oskar, also auf Baron von der Landen, zählen. Lippicher verlangt auch einen stillen Brief von seiner Freundin, um ihn den Deutschen zeigen zu können. Er wolle damit beweisen, daß seine Bemühungen erfolglos geblieben sind.

Der Präsident geht alsdann auf die Affäre Denoir und den Ankauf der Zeitung „Le Journal“ ein. Caillaux erklärt, daß er Denoir's Vater gekannt habe; er gibt auch zu, daß er den Sohn Pierre Denoir während des Krieges kennengelernt habe. Dieser habe sich nach der Schweiz begeben, um die 10 Millionen, die für den Ankauf der Zeitung notwendig gewesen seien, in Empfang zu nehmen. Caillaux leugnet, daß Denoir's Vater in der Agadir-Affäre eine Rolle gespielt habe. Das gehe auch aus dem Briefwechsel zwischen Baron von der Landen und Herrn von Jagow hervor. Caillaux verliest auch Verträge Jagow's, die bezeugen, daß auch er Denoir kein besonderes Vertrauen entgegengebracht habe. Man habe ihn im Ausland als einen gewerbsmäßigen Besucher betrachtet und niemand hätte zugelassen, daß man ihn mit einer Mission vertraue.

Es wird sodann auf die Solo-Affäre eingegangen. Caillaux erklärt, Solo sei ihm von dem Abgeordneten Ajam in der Kammer vorgestellt worden mit der Bemerkung, er könne Beziehungen zwischen Frankreich und Venezuela herstellen. Er habe Auskünfte bei der Polizei eingeholt und erfahren, daß er bei den Kurusen in der Champagne eine dunkle Rolle gespielt habe. Aber auf Drängen Ajam's und auf Verlangen des Berichtspräsidenten Monier habe er doch mit ihm verhandelt. Er habe aber niemals Geldgeschäfte mit ihm gemacht. Er habe bei Solo Parlamentarier und Diplomaten gefunden. Abdann werden noch die Affäre „Bonnet Rouge“ und Caillaux's Beziehungen zu Almerinda besprochen.

Kein Frieden mit Rußland?

London, 24. Februar. Reuter. Die Friedenskonferenz hat heute den Beschluß gefaßt, daß die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland nicht wieder aufgenommen werden sollen, bevor Sowjetrußland nicht eine Haltung annimmt, die mit den Forderungen der Zivilisation übereinstimmt. Inzwischen wird den Mandatstaaten Rußlands angeraten, sich eines Angriffs auf Rußland zu enthalten, doch wird ihnen gleichzeitig die Unterstützung der Alliierten für den Fall eines Angriffs auf Rußland zugesichert.

Internationale Arbeiter-solidarität.

Haag, den 24. Februar. (Holländisch Neuwisbureau.) Der Streikausschuh der holländischen Hafenarbeiter hat beschlossen, die sechs Waggons Fett für Oesterreich und ebenso auch die Lebensmittel, welche für die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter gekauft wurden, durchzulassen.

Belgischer Thronkandidat für Ungarn?

Brüssel, 24. Februar. (Holländisch Neuwisbureau.) Nach einer Meldung des „Soir“ wird der zweite Sohn des belgischen Königs Leopold, Prinz Charles, als Kandidat für den ungarischen Thron aufgestellt, da die Entente die Wahl eines Habsburgers nicht gestattet.

Kabinettskrise in Rumänien. Nach dem „Matin“ hat die Frage der Räumung Ungarns durch die rumänischen Truppen eine Krise innerhalb des rumänischen Ministeriums hervorgerufen. Der Kriegs- und der Handelsminister sind zurückgetreten. Die Mehrheit der Minister sei für eine rasche Räumung, die Militaristen hätten sich dagegen ausgesprochen.

Die Technik in den neuen Geschichtsbüchern. Von technischer Seite wird uns geschrieben: Im „Vorwärts“ Nr. 22 vom 19. Februar wurde unter dieser Ueberschrift eine Notiz veröffentlicht, in der gesagt wurde, daß der bekannte Quellenforscher, Ingenieur F. W. Feldhaus, Berlin-Friedenow, seine Mitarbeit dem „Vorwärts“ bündel deutscher Technik zur Verfügung gestellt hat. Obwohl in der Notiz von dem „Belannten“ Forscher gesprochen wird, möchte ich behaupten, daß der größte Teil der „Vorwärts“-Leseer, und mit besonderem Bedauern sei es gesagt, auch der große Teil der Lehrerschaft, von dem Wirken des Ing. Feldhaus und seiner Schriften so gut wie nichts weiß.

Nehmen wir z. B. das von der Lehrerschaft als maßgebend angesehenen „Deutsche Wörterbuch“ von Weigand, oder auch „B. Seiler, Die Entwicklung der deutschen Kultur im Spiegel des deutschen Lehnworts“, so finden wir in beiden Werken die Behauptung vertreten, daß der „Erfinder“ der Guillotine der französische Arzt Guillotin sein soll. — Feldhaus hat in seinem ausgezeichneten Werke „Die Technik der Vorzeit“ (Wissenschaftl. Engelmann, Berlin 1914) in erschöpfender Weise nachgewiesen, daß dieses Werdinstrument, auch Fallbeil oder Dödel genannt, bereits viel früher bekannt und gebraucht wurde, und daß der Pächter der sogenannten Guillotine ein deutscher Klavierbauer Tobias Schmidt gewesen ist. Diese Konstruktion ist dann, auf Verlangen des Arztes Guillotin, zuerst am 14. April 1792 an Leichen ausprobiert und während der Revolution benutzt worden.

Unrichtigkeiten solcher Art lassen sich an Hand der Feldhaus'schen Werke in Massen nachweisen, ein Zeichen dafür, daß die Philologen zuverlässige Fachwerke gar nicht berücksichtigen. Zweck dieser Zeilen ist es, die wissenschaftlichen Proletarier und vor allem diejenigen, die berufen sind, für die Schule jezt die notwendigen Lehrbücher vorzubereiten, auf Werke besonders hinzuweisen, die eine reiche, einwandfreie Quelle für wissenschaftliches Material bieten.

Erzichte, dabei aber leure, mit dem nötigen Tamtam auf den Büchermarkt geworfene Ware wird von der Allgemeinheit verschlungen. Werke populärwissenschaftlichen Inhalts, wie z. B. „Kudmedialiter der Technik“ von F. W. Feldhaus, das sich sogar nur selten in der Hand der Fachschullehrer findet, oder „Treppe“ von der Weltgeschichte“ von W. L. Perfflet, „Geschichte“ von Widmann, „Aus der Geschichte der menschlichen Dummheit“ und „Kultur-Kurios“ von Dr. Max Kemmerich, „Wunderliche Wahrheiten“ von Dr. Max Kallagel, „Aus fernem Welten“ von Bruno S. Bärgele u. v. a. sind der Allgemeinheit nicht bekannt und in den Verzeichnissen der städtischen Volksbibliotheken nicht enthalten. Noch einmal der Schneiderlappchen, Genosse Thomas. Frankfurt a. M. schreibt uns: Mit der Vertätigung meiner Beringsgeschichte hat das Reichswirtschaftsamt nicht viel Glück. Die Sache ist unglücklicherweise doch wahr. Sie wurde im Bundesauschuß der Gewerkschaften vom Genossen Döring vom Transportarbeiterverband in allen Einzelheiten wiedergegeben. Mein Zwischenruf: „Ist das nicht ein guter Witz“ wurde vom Genossen Döring so beantwortet: „Leider ist es blutiger Ernst auf Kosten der Steuerzahler.“ Ich habe Ursache, anzunehmen, daß Genosse Döring die Sache nicht vorgebracht hätte, wenn er nicht von den Einzelheiten Bescheid wüßte. Der Kern also ist Tatsache. Ob die Darstellung buchstabengetreu in allen Einzelheiten stimmt, ist das Geheimnis des Feuilletonisten.

*) Wir bringen noch nachträglich diesen Bebelbeitrag der bekannten Frauenvorkämpferin, der am Gedächtnistage zurückgestellt werden mußte.

Prozess Erzberger-Helfferich.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Es wird dann Dr. Denf, Inhaber der Firma Denf u. Ziegler, vernommen. Er gibt an, daß er seit 1897 mit Erzberger befreundet gewesen sei und daß die beiden Familien miteinander verkehrten. — A. A. Alsborg: Sind Ihre Beziehungen zu Herrn Erzberger geschäftlicher oder rein freundschaftlicher Natur? — Zeuge: Ich habe meinen Freund Erzberger oft um Rat in geschäftlichen Angelegenheiten befragt. — A. A. Alsborg: Hat er Ihnen nicht Geld geliehen oder Hypotheken gegeben? — Zeuge: Nie und nimmer. — A. A. Alsborg: Hat Herr Erzberger Ihnen Hypotheken zu Zinsen gewährt? — Zeuge: Nein. Der Zeuge wird dann vernommen, ob Erzberger sich beim Kriegsausbruch für Oele und Getreide für ihn bemüht habe. Der Zeuge erklärt, daß sein Freund Erzberger allerdings sich bemüht habe, einen größeren Reichtum zu erlangen, den Dr. Denf vor Kriegsausbruch in Italien gekauft hatte und der später von der Zentral-Einkaufsgesellschaft beschlagnahmt worden war, freigegeben. Die Vermögensverhältnisse waren verwickelt.

Der nächste Zeuge, Direktor Weigelt, Leiter des Kriegsauswahls für Oele und Getreide, sagt aus: Erzberger habe sich in etwa vier bis sechs Fällen an ihn gewandt. Das erste Mal in der Verforgung der

katholischen Kirchen mit Del.

sofort für die Firma Ziegler/Dr. Denf, dann für das Patent Trippel und in einer Angelegenheit des Herrn vander Koll. In diesem letzten Fall habe es sich darum gehandelt, aus sauren Eiern und Fett Seife herzustellen. Das Verfahren sei aber nicht durchgeführt worden, da in Deutschland die sauren Eier zur Herstellung von Albumin verwendet wurden. — Vorl.: Soweit die sauren Eier nicht gealben wurden. — Zeuge: Erzberger hat sich dann an das Reichswirtschaftsamt gewandt und behauptete, Herrn vander Koll sei Unrecht geschehen. Der Zeuge geht dann in längeren Ausführungen auf den Fall Ziegler/Dr. Denf ein. Trotzdem der Kriegsauswahl nach mehrfacher Befragung die Seife als ungeeignet bezeichnet habe, habe Erzberger immer wieder auf Untersuchung gedrängt, da ihm sehr viel gelegen zu sein schien. — Erzberger: In Anbetracht der ungeheuren Seifenmenge ist man vielfach mit Vorschlägen an mich herangetreten. Diese Seife hat mir gut gefallen und ich hielt es für einen ungeheuren volkswirtschaftlichen Nutzen, wenn die Seife eingeführt würde. Vorl.: Haben Sie keinen persönlichen Vorteil daran gehabt? Erzberger: Nein. Im Anschluß daran kommt es zu einem sehr heftigen

Nebelkampf zwischen Erzberger und Helfferich,

in dem der letztere auf die Integrität des Nebenlägers an dem Kalkmineralien hinzuweist und auch dabei seine Beziehungen zu Kommerzienrat Gumpel-Hannover erörtert. Helfferich verläßt diese Beziehungen mit dem Fall des Kommerzienrats Neuberger und zog daraus die Konsequenz, daß Herr Erzberger Seife, zu denen er in Beziehungen stand, in sehr einflussreichen Stellen unterbrachte. Herr Erzberger erklärte fast auf jede Frage seines Gegners: „Ich erinnere mich nicht“, was im Zuschauerraum große Heiterkeit hervorrief. Der Vorsitzende rügte die Demonstrationen im Publikum sehr entschieden.

Der nächste Zeuge, Rechtsanwalt Wilhelmien, Geschäftsführer der „Deutschen Delmalie“ weist nichts Wesentliches aus. Ueber persönliche Vorteile, die Erzberger aus seinen Interventionen gehabt haben könnte, sei ihm nichts bekannt.

Darauf wird Regierungsrat Seibold vernommen, der darüber aussagt, daß ein von der Württembergischen Staatsregierung mit einem Schweizer Konsortium abgeschlossener Vertrag auf Lieferung von Lebensmitteln zustande gekommen sei, weil durch die Empfehlung Erzbergers eine Sanierungsfaktion Dr. Denfs unternommen wurde. Herr Erzberger hat einem gewissen Stoboda zur Abwicklung dieser Geschäfte einen Empfehlungsbrief an das Reichswirtschaftsministerium ausgehändigt. Das Reichswirtschaftsministerium befürwortete die Einfuhr, nachdem die Bedenken des Ministeriums, daß eine Salutarität eintritt, durch zerstreut worden waren, daß die Bezahlung der Ware ein Ende nach Friedensschluß erfolgen sollte. Als Empfänger der Waren wurde ein Herr Albert Jung in Frankfurt am Main angegeben. Als nun die Reichsstelle für die Textilwirtschaft ihre zuständigen Gebühren in Höhe von 10000 RM bei der Firma Jung in Frankfurt einziehen wollte, verweigerte sie die Bezahlung mit der Begründung, ihr sei von dieser Sache nichts bekannt, sie habe in dieser Zeit keine Waren bestellt. Dagegen lief ein Telegramm des Herrn Stoboda aus München ein, in dem dieser erklärte, er wolle die obigen Gebühren bezahlen. Es wurde nun mit der Angelegenheit befaßt und spezerte schließlich Einfuhr der Ware. Die Firma Stob und Herr Dr.

Denf intervenierten sowohl brieflich als auch in Telegrammen mehrmals. In einem Telegramm hieß es, daß

Herr Erzberger mit Herrn Dr. Denf befreundet

sei und sich für ihn verwende. Weiter liegt mir hier ein Telegramm des Herrn Stoboda vor, in welchem er sagt, er wäre Herr Erzberger dafür dankbar, wenn er sich für die Einfuhr der Waren einsetzen wolle. Herr Erzberger hat dann mit dem Reichswirtschaftsministerium verhandelt. Aus dem Akten ergibt sich, daß Herr Erzberger die Einfuhr warm befürwortet hat. Der Reichskommissar für Einfuhr und Ausfuhr erklärte jedoch, er erbe nur die Erlaubnis, wenn ihm die Ware zur Verfügung gestellt würde. Herr Dr. Denf versuchte nun auf andere Art die Verfertigung seiner Arbeit in der Schweiz zu erreichen. Einem Tages kam er und erklärte, daß sich ein Schweizer Konsortium gebildet habe, welches der Württembergischen Regierung für fünf Millionen Lebensmittel und Rohstoffe liefern wolle, und daß er anderthalb Millionen Mark, die er in der Schweiz hatte, zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt habe. Dieser Vertrag zwischen dem sogenannten Schweizer Konsortium, des natürlichen von Herrn Dr. Denf gebildet und geleitet war, wurde mit dem württembergischen Finanzministerium in Württemberg in Gegenwart des Ministers Erzbergers abgeschlossen. — Helfferich: Was ist also auf dem

ein ganz verwegenes Schiebergeschäft

gewesen? — Rechtsanwalt Alsborg zu Erzberger: Herr Nebenläger, ist auch dieses Schiebergeschäft aus politischen Gründen zu befehlen? (Rausch Lachen im Zuschauerraum) — Vorl.: Meine Geduld ist jetzt zu Ende. Wenn diese Neugierde im Zuschauerraum nicht aufhört, dann werde ich zu anderen Mitteln. — Erzberger: Wo ich helfen konnte, habe ich es getan. — Helfferich: Wenn Herr Erzberger, in seiner Eigenschaft als Finanzminister, als ein solches Mittel für die Sanierung in Not geratener Provinzen lebenslich die Entwertung von Schiebergeschäften? — Vorl.: Über Erwägung, können Sie denn nicht zwei Tische brechen, ohne verurteilt zu werden? — Helfferich: Ich wiederhole, es handelt sich hier doch um ein ganz verwegenes Schiebergeschäft. Es ist doch geradezu ungläublich, wenn derartige Transaktionen als der einzige Weg zur Sanierung von Provinzen angesehen werden. — Erzberger: Bei der Besprechung in Württemberg über diesen Lebensmittelaustausch mit Minister Dammann, es handelt sich auch um eine Hilfsaktion für die landwirtschaftlichen Vereine, die nach der Schwäbischen Kreisreform ausfindig wollten. — Rechtsanwalt Alsborg: Und wurde bei dieser Stellung der landwirtschaftlichen Vereine nicht auch aus Besehen der Dammann und den mitarbeiteten? — Vorl.: Ein so erfahrener Verteidiger sollte weniger verurteilt sein. — Helfferich zu Denf: Sie und Herr Erzberger waren doch bei den ganzen Verhandlungen zugegen. Was haben Sie denn Herr Erzberger dabei? Ich besitze Herrn Erzbergers Vorlesung in dieser Beziehung, wohl nicht mit Unrecht, als schlimmste politische Korruption. — Erzberger: Ich bin auf dem Gebiet der Politik ein Mann, der schon selbst einen Ausdruck der Ungeheuerlichkeit haben werde.

Es teilt hierauf die Mittheilung ein.

Nach der Pause wird Staatsanwalt Mefferschmidt vom Landgericht I vernommen. Vorl.: Sie sollen über

Kapitalverschönerung

ausfragen, ob denn Herr Erzberger beteiligt sein soll. — Zeuge: Ob Herr Erzberger daran beteiligt ist, kann ich nicht sagen. Er ist der Begünstigung verdächtig. Ende August 1919 lief bei der Staatsanwaltschaft die Anzeige ein, daß der Advokat Michael Talberg in der Schweiz der Kapitalverschönerung aus Deutschland nach der Schweiz sich schuldig gemacht habe. Soll ich erklären, wie es geschehen ist? In dem sofort darauf eingeleiteten Verfahren wurden die Konten Talbergs in Deutschland gesperrt und bis jetzt 42 Millionen beschlagnahmt. Das ist aber bei weitem nicht alles. Es handelt sich im ganzen um über 10 bis 15 Millionen. Talberg ist einer der bekanntesten Advokaten der Schweiz. Die Angehörigen befinden sich fast alle in hervorragenden Lebensstellungen. Am Laufe des Verfahrens habe ich den Direktor einer Großbank vernommen, die meiner Ansicht nach in dieser Sache ziemlich bloßgestellt worden ist. Dieser Herr sagte mir, daß Talberg beste Beziehungen zu bekannten Ministern in Deutschland unterhalte und auch Ministern nahestehe. Wenn ich mich recht erinnere, ist dabei auch der Name Erzberger gefallen. Einmal Toes erhielt ich den Schriftsatz des Rechtsanwalts Otto Cahn-München, des Verteidigers eines der Angehörigen. Dieser führte darin an: Erzberger sei der beste Freund Talbergs. Er sei nach der Schweiz gekommen und habe Talberg gesagt: „Gehy Sie! Hoat etwas vor, es ist aber nicht so schlimm.“ Ob das wahr ist, weiß ich nicht. Ein

anderer Angehöriger, der dänische Vizekonsul Max Weimann, in Firma Neuburger-München, bestätigte mir das, was Cahn über Erzberger geschrieben hatte. Weimann sagte, Talberg habe ihm persönlich mitgeteilt, daß er neuerdings mit Czar Rosenbergs und Erzberger verhandelt habe. Die Sache stünde nicht so schlimm.“ Ich fragte Weimann hierauf, was für Beziehungen zwischen Erzberger und Talberg beständen und bekam die Antwort, er, Weimann nehme nicht an, daß Erzberger Talberg beauftragt habe, um Geld nach der Schweiz zu verziehen. Er wisse, daß Erzberger dazu ganz andere Mittel habe. Sie wüßten ja alle, was von Erzberger zu halten sei. — Erzberger: Talberg stand in dem Auf, einer der tüchtigsten Anwälte der Schweiz zu sein. Er ergreift mich, daß er während des Krieges als Offizier in Frankreich gewesen sei. — Vorl.: War Dr. Talberg Ihnen als

Spionagerverdächtig

bekannt? — Erzberger: Nein. — Helfferich: Aber mit, Herr Zeuge, Sie hielten unter Ihrem Eid. Und deshalb frage ich Sie: Waren Sie mit Talberg nicht öfter als einmal zusammen? — Erzberger: Soweit ich mich erinnere, kann es ein, auch einmal gewesen sein. Im August 1919 habe ich ihn in der Schweiz nicht gesehen. Ich kann ebenso unter meinem Eid erklären, daß ich ihn während meiner Schweizer Reisen 1915, 1916 und 1917 nicht gesehen oder gesprochen habe. — Helfferich: Haben Sie durch Mittelsmänner oder durch Mittelsfrauen mit Talberg Verbindung unterhalten? Hat Ihre Gattin nicht mit Talberg gesprochen? — Erzberger: Davon ist mir nichts bekannt. Meine Frau war 8 Wochen in der Schweiz, sie hat mir davon nichts erzählt, ich glaube auch nicht, daß sie den ihr ganz fremden Dr. Talberg kennenlernt hat. — Helfferich: Hat Ihre Gattin Dr. Talberg nicht in seinem Bureau in Zürich aufgesucht? — Erzberger: Ich werde meine Frau einmal fragen. — Helfferich: Ist dem Herrn Nebenläger bekannt, daß kurz vor der Zusammenkunft im Hotel in Konstanz ein Beauftragter des Herrn Talberg und des Herrn Erzberger im Automobil von Zürich aus? — Erzberger: Woher soll ich das wissen? — Helfferich: Wie erklären Sie Ihre Bonifikationen in der Schweiz? — Erzberger: Ich habe in der Schweiz aus politischen Gründen Bankguthaben, (Bewegung im Saal). — Helfferich: Wie erklären Sie den Aufenthalt Ihrer Familie in der Schweiz und auf welchem Wege haben Sie Ihre finanziellen Mittel dorthin überführt? — Erzberger: Auf durchaus legalem Wege. — Helfferich: Sie haben also politische Gründe für die Transferierung Ihres Vermögens nach der Schweiz angegeben? — Erzberger: Ich habe politische und kirchliche Zwecke für die Weiterentwicklung angegeben. Die Transferierung erfolgt auf ordentlichem Wege durch die Bank. — Helfferich: Und das sagt der Mann, der das Gesetz gegen die Kapitalflucht geschaffen hat und der erklärt, man müsse die Abwanderung des Geldes ins Ausland mit allen Mitteln unterbinden? Wenn Herr Erzberger als Privatmann kein Geld in die Schweiz schickt, und zwar auf einem Nebenwege, und dabei angibt, es handle sich um politische oder kirchliche Zwecke, so ist das ein Schulbeispiel für die Unterbindung jeglicher politischen Kapitalflucht zu privaten Vorteilen, es ist der

Gipfelpunkt der politischen Korruption.

(Bewegung im Saal.)

Hierauf wird Geheimrat Geiser, Vizepräsident des im Finanzministerium vernommen. Vorl.: Ist Ihnen etwas darüber bekannt, daß Erzberger Kapital verschoben haben soll? — Geiser: Davon ist mir nichts bekannt. — Geheimrat v. Gordan: Woher wußten Sie, daß mit dem Fall Talberg auch der Name des Ministers Erzberger in Verbindung gebracht worden sei? — Zeuge: Durch die Zentral-Vorbereitungsstelle. — Geheimrat v. Gordan: Haben Sie das alles Minister Erzberger im Vortrag mitgeteilt? — Zeuge: Nein.

Kunnehr wird der „Fall Pöchlau“ verhandelt. — Helfferich: Ich besetze mich hier auf eine Stelle meiner Geschichte, in der ich sage: „Das unglückliche Verhältnis des Herrn Erzberger zur Wahrheit ist unabweisbar weltunbittig, von jenem frühen Stadium seiner politischen Laufbahn an, in dem der damalige Chef der Reichsanwaltschaft sich genötigt sah, in offener Reichstags-Sitzung auf Grund der Verhältnisse den verurteilten Herrn Erzberger dem unverurteilten Herrn Erzberger gegenüberzustellen; seitdem in dem bekannten Pöchlau-Prozess das Gericht es ablehnte, Herrn Erzberger zu verurteilen; bis zu jenem Augenblick, in dem der damalige Reichsanwaltsführer Graf Hertling in seiner Eigenschaft als Reichsanwalt sich weigerte, den Abgeordneten Erzberger zu empfangen, weil er sich von ihm angezogen fühlte, was nach Herrn Erzberger allerdings nur ein harmloses „Rührverständnis“ war.“

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Aufgezeichnet von Hans Müller-Schlöter.

Jan klopfte ihm väterlich auf die Schulter. „Ja, lieber Tünnes, das tut dir wohl leid, daß du mit auch Schiffer werden kannst. Es ist ja auch schod, daß wir nicht zusammen fahren können. Das wär' ne Spag, wa? Wir zwei! Wat willst du denn werden? Klempner, wie dein Vatter, wat? Auch ein schön Geschäft!“

„Ich mag kein Klempner werden! Ich will auch Schiffer werden wie du!“

„Du grinst ihn von oben herab mitleidvoll an. „End, Tünnes, das ist kein Sondwerk für dich. Du hast nit genug Kurasch! Werd' du nett Klempner wie dein Vatter!“

„End, Jan, ich werd' auch Schiffer!“ erwiderte Tünnes hartnäckig. „Wat du kannst, daß kann ich auch!“

Und in seinen kleinen Augen bligte es für einen Augenblick auf, daß Jan ihn erkannt ansah. Tünnes, als ob er vor sich selbst erschrocken wäre, schaute rasch zu Boden und bekam einen roten Kopf. Er wollte an Jan vorbei, aber der hielt ihn am Arm fest und sagte:

„Tünnes, leed Tünneske, wir wollen uns jetzt schon odßids fagen, denn morgen früh, wenn ich schon am Segeln bin, liegt du noch warm im Bett.“

Tünnes schüttelte, ohne etwas zu sagen, heftig den Kopf. Jan gab ihm die Hand.

„Adsch leed Tünneske! Galt' dich aut! Und wenn ich nit widerkomm, ich mein', wenn mich die Seiffid' aufgefressen hand, dann vergeß mich nit! Denn denk' ab und zu daran, wie wir immer nett zusammen gewesen sind, all die Jahre. Und ich bring' dir auch, so Gott will, einen schönen Papogei mit!“

„Aber 'ne große Papogei Jan!“ prechte er heraus und zog die nasse Nase in die Höhe.

Jan nickte und rief sich rasch mit dem Sondeliden über die Nase und Augen und lief den Dürpel hinab nach dem Spargelenden seines Oafels Quaddelmehel.

leuchte. Dann aber rechte er sich auf, warf den Kopf in den Nacken und ging mit jähnelen Schritten ins Haus hinein.

Als Jan in den Laden trat, lag Quaddelmehel auf einem niedrigen holländischen Vintenschuh und hatte im Schoße seiner grünen Schürze einen Sack gelber Erbsen, aus denen er mit spitzen Fingern die schlechten und faulen herauslas und in ein irdenes Schüsselchen tat.

Er schaute auf, als die Bodenschelle himmelte, und rief: „Jan? Wat willst du, Jung?“

Und als Jan keinem Vaten die Neuigkeit erzählt hatte, daß er morgen früh als Schiffsjunge nach Rotterdam fähre, ließ Quaddelmehel die Erbsen aus seinem Sack in ein hölzernes Sieb lousen und stand dann langsam und mit feierlichem Gesicht auf, legte seine rechte Hand dem Jan auf die Schulter und sagte, während er den linken Zeigefinger hob:

„Jan, wat dat zu bedeuten hat, zum ersten Mal in die weite Welt zu geben, kannst du dir noch nit klar machen. Dafür bist du noch zu jung. Es ist ein schwer Stück. Darum will ich dir ein Mittel mit auf den Weg geben, wat es dir erleichtern kann. Du brauchst kein Geld und keine feinen Kleider und keine große sogenannte Bildung.“

— die Haupt-sack, Jung, sind die Manieren! Damit kommst du durch die ganze Welt und noch ein bißchen weiter! Alles, wat du kannst und wat du hast, ist für die Raß' und nützt dir nit, wenn du keine Manieren hät! Merk' dat! Du besonders! Denn bis jetzt hast du noch keine Manieren! So. Dat wär' dat. Und jetzt —

Damit ging er hinter den Bodenschuh, zog die Schublade heraus, die sich 'ch in seit red' Jodren Klemme und stockerte mit dem Zeigefinger in dem Kleingeld herum.

— und jetzt kriegst du noch einen Groschen Zehrgeld! Do!“

Er zeigte ihm einen Taler, den er zwischen Zeigefinger und Daumen wie mit einer Zange gefaßt hatte.

Jan ließ den Taler, den Quaddelmehel auf der Theke wie einen Kreisel hirlbeln ließ, erst hübsch auslaufen und steckte ihn dann in die Bodenschuh.

Quaddelmehel öffnete die Tür zu dem hinter dem Laden liegenden Zimmerchen und rief:

„Bill! Billa! stonm' mal! Der Jan will Adsch fagen.“

Als Jan aus dem Laden wieder auf die Straße trat,

hatte er außer dem Taler noch eine Fleischtwurst unterm Arm, die ihm seine praktische Tante Billa mit auf den Weg gegeben hatte, und er logte sich, daß das Schifferhandwerk ganz einträglich wäre, und daß er, wenn das so weiter ginne, in zehn Jahren wirklich so weit sein und ein Federchen in die Luft blasen könnte.

In der Haustüre stand in seiner gestrickten grauen, zweifelhafte mit Verlmutterknöpfen besetzten Wolljacke und roten Blüschpantoffeln der Boas, der Wäldermeister Mops Höffgen, die lange, qualmende Pfeife weit von sich haltend. Als er Jan kommen sah, nahm er die Pfeife aus dem Munde und hob sie langsam und feterlich wie einen Geroldstab in die Höhe. Er stand da wie ein Hühnerbescherer, als er ansah:

„Also morgen machst du dein' erste Fahrt in die Welt. Am Schwaife deines Angesichts sollst du dein Brot verdienen! Dat hat der liebe Gott schon dem Adam gesagt, wie er aus dem Paradies gejagt worden ist. Du bist auch 'ne kleine Adam. Du mußt auch aus dem Paradies heraus, aus dem Paradies von den Kinderjahren! Ja, Jung, jetzt lären die Svirengid' auf und die Kirnugigkeit! Ober meinst du, ich hätt' schon vergessen, wie du mit leht Zinter Kloss!“

mit 'ner Stednadel in die frische Bodmömer gepitst hat, dat sie zusammengelassen sind, platt wie Kartensblättchen, du Kallant! Besser' dich! Immer Gott vor Augen, Jung, dann kannst du auch im Düstern deine Sünden erkennen. Wandle fromm vor Gott und trieblich mit den Menschen, dann wird dein Alter kein wie volle Garben, die der Herr mit Freiden in keine Scheuer sammelt, verbleibt du! Gott weist dem Dierlein seinen Weg, dat es sich nitmals mit verirrt. Dat sollst du bedenken, du Bogeblund! Und wenn dich widder mal deine Untugendlichkeiten plagen, dann denk' daran, wat dir der Boas gefagt hat, der Mops Höffgen von der Ritobellsträß!“

Und der Boas lenkte seine Pfeife wieder und nickte Jan ein paarmal mit gerunzelter Stirne zu.

Jan lief mit schnellen Schritten durch den düstern Flur nach der engen Treppe zu der obersten Wohnung hinauf.

Der Boas aber holte Stein und Schwamm aus der Bodenschuh, denn über seine Predigt war ihm die Pfeife ausgegangen. —

*) = St. Nikolas.

(Fortf. folgt.)

Erzberger: Es handelt sich in kurzem um Folgendes: Am 28. September 1905 hatte ich eine Besprechung mit dem Chef der Reichskanzlei. Dieser macht über die stattgehabte Unterredung eine Mitteilung, ohne dieselbe mir vorzulegen. Sie wurde 1907 von dem Chef der Reichskanzlei in der 'Deutschen Allgemeinen Zeitung' veröffentlicht. Ich bestritt sofort die Richtigkeit verschiedener Punkte dieser Mitteilung öffentlich und in der Reichstagsitzung vom 4. März 1907. In der Mitteilung befindet sich der Satz, daß ich in der damaligen Unterredung mitgeteilt hätte, Herr Voelplau sei bereit, sein Material herauszugeben, wenn die Unterredung gegen ihn eingestellt würde. In jener Reichstagsitzung behauptete der Chef der Reichskanzlei, dieser Satz der veröffentlichten Mitteilung sei von mir nicht bestritten worden. Er verlas dann meine zugeordnete Aussage in der Angelegenheit Voelplau vom 10. Juli 1906, in der ich angab, daß er mich gebeten habe, zum Chef der Reichskanzlei zu gehen, um zu versuchen, ob seine Angelegenheit nicht auf anderem Wege als durch ein Disziplinerverfahren beendet werden könne. Ich war mir der Unrichtigkeit dieses Satzes bewußt. Darin wollte der Chef der Reichskanzlei die Bestätigung sehen dafür, daß ich unter meinem Eid zugegeben habe, was der Chef der Reichskanzlei nach seiner damaligen Unterredung mit mir niedergeschrieben habe. In jener Reichstagsitzung habe ich dann den Beweis geführt, daß ein Widerspruch zwischen meiner beidseitigen Aussage und meinen an anderen Stellen gemachten Erklärungen nicht besteht und daß das Mißverständnis nur in der einseitigen Mitteilung des Chefs der Reichskanzlei lag.

Es erfolgt hierauf die Verlesung eines Teiles der Akten des Falles Voelplau.

Dann wird der frühere Chef der Reichskanzlei, Erzberger v. L. v. Hell, als Zeuge vernommen. Er sagt aus: Der Abgeordnete Erzberger habe ihn am 28. September 1905 in der Angelegenheit Voelplau aufgesucht und habe ihm mitgeteilt, Voelplau sei im Besitz umfangreichen Materials, durch dessen Veröffentlichung die Kolonialabteilung kompromittiert würde. Voelplau sei bereit, das Material herauszugeben, wenn das Verfahren eingestellt werden würde. Dieses ungewöhnliche Ansuchen habe Zeuge abgewiesen und sich am selben Tage, eventuell am darauffolgenden Tage, eine kurze Notiz über den Vorfall verfaßt. Loebell schildert dann sehr ausführlich, wie er im November 1906 im 'Lokal-Anzeiger' eine Notiz gelesen habe, in der ihm der Vorwurf gemacht wurde, er habe Erzberger gegenüber die Unterredung der Kolonialabteilung abgelehnt. Er habe Erzberger darauf zu sich gebeten und ihn um Aufklärung er sucht. Erzberger habe ihm darauf geantwortet, er wolle ihm gar keinen Vorwurf machen. Als der Zeuge dann aber die Aussage Erzbergers im Prozeß Büdler in der Zeitung las, die mit der Unterredung im Widerspruch stand, habe er in der 'Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' eine Erklärung zur Richtigmachung abgegeben. Darauf habe Erzberger am 2. März 1907 im Reichstage erklärt, die Darstellung in der 'Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' sei falsch und die Notiz des Chefs der Reichskanzlei sei unwahr. Darauf habe er, Zeuge, am 4. März im Reichstage die Sache klagend gestellt. Am 13. Uhr wird die Verhandlung auf Mittwoch 9 1/2 Uhr vertagt.

Groß-Berlin

Der Sternengucker.

Am der Weidendammer Brücke steht in klaren Nächten ein Mann mit einem blanken Fernrohr, der die Reugierigen der nördlichen Friedrichstraße in den Sternenhimmel guden läßt.

Es kostet eine Mark. Dafür darf man sich den Jupiter ansehen mit seinen Monden, die 'immer wo anders stehen', und den Saturn mit seinem Ring.

Es kommen viele Leute vorbei, die angesichts des schönen Instrumentes, dem Blick in den Himmel nicht widerstehen können. Oft sind sie enttäuscht, denn die Sterne sind ihnen zu klein.

Nämlich alle diese Nachtbrüder kommen aus glänzenden, stimmungsvollen Räumen, erfüllt von Gedudel und Geräusch. Der Himmel des Potsdams, das sie eben verlassen, war in ihrer Erinnerung voll großer leuchtender Glühbirnen, die strahlendes Licht in alle Winkel verbreiteten — und nun diese 'Sterne'.

Traurige Sterne, dieser Jupiter mit seinem Ring und dieser Saturn mit seinem Ring. Alle nicht viel größer als Streifenlampen.

Und das wollen Sterne sein? Unabänderlich frei von irdischer Kohlennot rollende Welten? O, es ist eine herbe Enttäuschung für die trotz Kohlennot lichtverwöhnten Nachtbummler Berlins.

Die Polizei in Groß-Berlin.

Die Schaffung eines einheitlichen Groß-Berlin bedingt auch die Aufrüstung des Polizeiwesens, soweit es sozialisch bleiben soll, um bei den weiten Entfernungen in jedem Kommunalbezirk eine Polizeizentrale zu haben. Wie in Berlin, so ist für die Bezirke die Einrichtung von 18 bis 20 Bezirksämtern vorgesehen, denen etwa die gleichen Aufgaben zufallen werden, wie den bereits bestehenden Berliner Kommissariaten. Neben diesen Aufgaben werden aber noch andere zu erfüllen sein, die für Berlin zum Teil noch von den zentralen Dienststellen ausgeübt werden.

Wie wir hören, ist die Einrichtung der neuen Polizeibezirksämter zu einem früheren Zeitpunkt geplant als die Einrichtung des kommunalen Groß-Berlin, jedoch erst nach Annahme des Gesetzentwurfes. In Aussicht genommen ist der 1. Juni.

Weitere Ergebnisse der Elternbeiratswahlen.

	In	S.P.D.	U.S.P.D.	Radik.-Unpolit.
Reinickendorf	854 (12)	791 (29)	892 (38)	
Königsplatz	107 (3*)	112 (3)		
Bernau	120 (2)	815 (5)	294 (5)	

*) Verb. mit Bürgerlichen.

Freigabe weiterer Kohlenartenabschnitte.

Die Kohlenstelle Groß-Berlin teilt mit, daß von heute ab zur Entnahme und Abgabe von Kohlen folgende weitere Abschnitte freigegeben werden: Abschnitt 8 der neuen 12-Zentner-Kohlsorte, Abschnitt 18 der 16-Zentner-Kohlsorte, Abschnitt 23 der 24-Zentner-Kohlsorte, Abschnitt 28 der 32-Zentner-Kohlsorte, Abschnitt 3 der neuen 5-Zentner-Dienkarte, Abschnitt 13 der 10-Zentner-Dienkarte, Abschnitt 23 der 20-Zentner-Dienkarte, Abschnitt 33 der 30-Zentner-Dienkarte, Abschnitt 43 beginnend mit 55 und 63 der 40-Zentner-Dienkarte. Auf die Abschnitte der alten Kohle, Dien-, Koks- und Sonderarten dürfen vom 1. März ab Kohlen nicht mehr abgegeben und entnommen werden.

Schwindelern mit Kriegsbeschädigten.

Wir werden von der Firma 'Geometrische' aus Anlaß der vor einiger Zeit veröffentlichten Notiz, die sich auf eine Mitteilung der Zentralstelle zur Bekämpfung von Schwindelern stützte, ersucht, darauf hinzuweisen, daß wir uns auf Grund des uns überlassenen Materials von der Unrichtigkeit der erhobenen Be-

schuldigungen überzeugt haben. Diese Pflicht erfüllen wir hiermit und schließen damit das Thema.

Dank der Stadt Graz an Berlin. Von der Groß-Berliner Liebesgabenammlung für Deutschösterreich waren auch zwei Waggons nach Graz geschickt worden. Der Bürgermeister der Stadt Graz dankt nun der Groß-Berliner Bevölkerung in einem an den Oberbürgermeister Vermuth gerichteten Schreiben.

Sozialistische Bildungsschule. Am Donnerstag, den 26. 7. Uhr, beginnt der Vortragabend für Funktionäre der Arbeitergruppen. Referent: Redakteur Kuttner. Thema: Die politischen Parteien. Lokal: Königsplatzliches Gymnasium, Elisabethstr. 57/58. Gruppe: Nordosten. Zentrum: Jankas; Betriebsräte und Gemeindefunktionäre. Referent: Adolf Codon. Lokal: Königsplatzliches Museum, Greifswalder Str. 20. Bezirksbildungsausschuß: Sonntag, den 7. März, 7 Uhr, im Gymnasium am Otten Kleiter, Altesstr. 74; 6. Kunstabend, 'Soziale Zeichnungen'. Referent: Dr. Max Dohdort, Präsidentin Margarete Bernbach. Eintrittskarten à 1 R. sind bei allen Abteilungsreferenten, bei Horst, Engelauer 15, in der Nordost-Buchhandlung, Lindenstr. 2 und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, II. Hof IV, Zimmer 10. Gesellschaft von 9-11 Uhr, Donnerstag von 9-11 Uhr und von 5-8 Uhr nachmittags 11 Uhr. 'Die Romaniker'. Karten à 1.10 R. sind noch im Bureau des Abteilungsreferenten zu haben.

Schöneberg. Stadtverordnetenversammlung. Der frühere Beschluß, an Stadtbürgermeister und Bürgerdeputierte entgeltliche Arbeiten für die Stadt nicht zu vergeben, soll auf Tätigkeit in der Volkshochschule nicht angewendet werden. Die Versammlung beschloß so. Angenommen wurde zugleich ein Antrag, den Magistrat um eine Zusammenstellung darüber zu ersuchen, welche Stadtverordneten jami Verwandten bis zum 3. Grade für die Stadt beschäftigt sind. — Die Bewilligung von 87 000 R. für die Kosten der Kohlenstelle Schöneberg in Vierteljahr Januar/März führte zu einer Ausrede über die Kohlenversorgung. Allgemein wurde gefordert, daß trotz allen Aufwendungen für die Kohlenstelle die Lieferung der kleinen Händler sehr mangelhaft ist, so daß viele Verbraucher schwer unter Kohlennot leiden. Empfohlen wurde, daß die kleinen Händler, um sich gegen Versorgung der Großhändler zu wehren, eine Art Einkaufsgenossenschaft bilden sollten. Dieser Plan besteht; ein Antrag verschiedener Fraktionen (auch der sozialdemokratischen), den Magistrat um Unterstützung zu ersuchen, wurde angenommen. Angenommen wurde auch ein Antrag, der Magistrat solle bei der Regierung dahin vorstellig werden, daß die vorhandenen Kohlenmengen zunächst der Bevölkerung als Hausbrand überlassen werden, bevor man Kinos, Theater, Ball- und Radisloale versorgt, und daß zu reichliche Kohlenvorräte beschlagnahmt werden.

Die Luftbarkeitssteuer soll zur Steigerung ihres Ertrags ausgestellt werden. Der Magistrat empfiehlt völlige Anrechnung an die neue Steuerordnung Berlins. Für Schöneberg wird danach eine Ertragssteigerung um 50 Proz. erwartet. Dr. Bendiner (Soz.) wies auf die Schwierigkeit hin, noch Änderungen an der für Berlin festgesetzten Steuerordnung vorzunehmen, die möglich für Groß-Berlin gelten soll. Trotzdem müsse man den Versuch machen, darum sei Ausschuhberatung nötig. Der Magistrat widersprach, aber die Ueberweisung an einen Ausschuh wurde beschlossen. — Zur Abfertigung der Erwerbslosen wird eine dritte Abrechnungsstelle eingerichtet. — Die neue Teuerungszulage für Gemeindegeldarbeiter soll wie in Berlin gewährt werden. Sie beträgt (vom 1. Januar ab) für Ledige unter 18 Jahren 50 R., über 18 Jahre 75 R., für Verheiratete 60 R., für jedes noch zu versorgende Kind bis zum vollendeten 16. Jahr 20 R. Sie wird voll gezahlt nur bei mindestens siebenstündiger Arbeitszeit, andernfalls nach Maßgabe der geringeren Arbeitsstundenzahl. Jabel (Dem.) sagte, daß Beamte zuweilen schlechter als Arbeiter gestellt seien. Runge (Deutschnational) spielte die Debatte, wie üblich, ins Politische hinaus. Für die Geldentwertung wolle er die neue Staatsform verantwortl. machen, und er wolle öffentlich das Gespenst des 'Staatsbankrotts' an die Wand. Jabel und noch nachdrücklicher Erdmann (Soz.) wiesen das Sinnlose seiner Angriffe nach. In seiner Erwiderung schimpfte Runge über die 'verfluchte Zwangswirtschaft'. Der Hof gegen sie ist bei einem Deutschnationalen begründet. Die Debatte verlor, da noch viele Redner gemeldet waren, sehr lebhaft zu werden; aber ein Antrag auf Schluß machte ihr ein Ende. Die Magistratsvorlage wurde angenommen, dazu eine von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Resolution, die auch für über 16 Jahre alte Kinder in geeigneten Fällen die Kinderzulage forderte. — Die Einwohnerwehre soll höhere Besoldung erhalten. Der Magistrat beantragte als fünfzigsten Gehalt monatlich für unverheiratete Wachleute 400 R., für verheiratete 500 R., für jedes Kind 50 R., für unverheiratete Offiziere 800 R., für verheiratete 900 R. Die Unabhängigen widersprachen grundsätzlich. Erdmann (Soz.) erklärte die Einwohnerwehre für eine vorübergehende Erscheinung, die bis zur Schaffung einer ausreichenden Polizei leider noch nötig sei. Die Magistratsvorlage wurde angenommen.

Ram Erledigung der langen Tagesordnung wurde noch über einen dringlichen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verhandelt. Er mahnte an einen im Oktober gefassten Beschluß über eine den Bureauhilfskräften des Magistrats zu zahlende einmalige Wirtschaftshilfe. Damals sprach die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion sich dahin aus, daß ein vom Magistrat beabsichtigter Vorstoß auf die zu erwartende Gehaltserhöhung der Hilfskräfte in eine einmalige Wirtschaftshilfe umzuwandeln sei. Nur wurde dabei der von den Demokraten beantragte einschränkende Zusatz gemacht, die Umwandlung in eine Weibliche solle erfolgen, falls Charlottenburg und Wilmersdorf sich anschließen. Mit Rücksicht auf die inzwischen von Charlottenburg und Wilmersdorf gefassten Beschlüsse forderten unsere Genossen nunmehr Regelung für Schöneberg. Erdmann (Soz.) führte begründend aus, daß die Bureauhilfskräfte der Stadt nach wie vor in bedrängter Lage sind. Der Magistrat erklärte, Bedenken habe er nicht. Doch will er noch prüfen, wie in Charlottenburg und Schöneberg die Verhältnisse liegen. Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen.

Ankoppel-Runge hat, wie wir erfahren, keinen Grund, mit der Genehmigung seines Anknüpfversuches durch den Berliner Polizeipräsidenten sich 'dick zu tun'. Der Polizeipräsident hat, ohne von Runge Beziehung zu dem ihm vorgelassenen Anknüpfversuche zu wissen, lediglich den Vertriebs solcher als Verteilungsmittel bezeichneten Anknüpf angefallen.

Städtische Anknüpf- und Beschwerdestelle in Neukölln. Die von der Stadtverordnetenversammlung Neukölln im alten Rathaus, Berliner Str. 62/63, Erdgeschoss, Zimmer 483, eingerichtete Beschwerdestelle ist jetzt auch an jedem Mittwoch nachmittags von 5-7 Uhr geöffnet. Es sind in diesen Stunden Stadtverordnete anwesend, um Beschwerden und Wünsche der Einwohnererschaft entgegenzunehmen.

Neukölln. Der Gaspreis soll nun auch hier weiter erhöht werden. Die weitere Steigerung der Kohlenpreise und die neue Erhöhung der Frachtpreise werden allein dem Gaswerk der Stadt eine Mehrausgabe von 600 000 R. verursachen. Dieser Betrag kann durch die inzwischen eingetretene Preiserhöhung für Nebenprodukte nicht gedeckt werden. Der Magistrat verlangt Herabsetzung des Gaspreises pro Kubikmeter um 17 Pf. auf künftig 70 Pfennige. Berlin nimmt schon lange von Keinen Verbrauchern 70 Pf., von größeren 50 Pf.

Steglis. Laut Verfügung der Potsdamer Regierung ist die Elternbeiratswahl an der Gemeindefschule 7 am Markusplatz am Sonntag, den 29. Februar, 10-5 Uhr, angelegt worden. Parteigenossen, angesichts der stumpfsinnigen Agitation besonders der sog. Unpolitischen, deren Taktik nochmals in einer Elternbeiratswahl in der Schule am Donnerstag 7 1/2 Uhr belächelt werden soll, nutzt die Zeit, um alle Eltern zum Eintreten für die Liste Wolter

zu gewinnen! — Zum Dinten Familienabend im kleinen Saal des 'Schloßpark' am 28. 6. Uhr, sind noch Eintrittskarten zu 1.15 R. bei den Funktionären zu haben, desgleichen Eintrittskarten à 80 Pf. zu der Märchen-Lichtbilder-Vorlesung am 7. März, 6 1/2 Uhr, in der Aula der Oberrealschule Eisenstraße.

Die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises in Lichtenberg steht bevor. Der Magistrat schlägt in einer Vorlage an die nächste Stadtverordnetenversammlung vor, die Dienstzweige Arbeitsnachweise, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, Erwerbslosenfürsorge, Demobilisationsangelegenheiten in einer Zentralstelle zusammenzufassen, um dadurch ein großzügiges und zielbewusstes Zusammenarbeiten dieser Stellen zu sichern. Dem Arbeitsamt sollen ferner die Rechtsanwaltsstelle und das Kaufmanns- und Gewerbegericht angegliedert werden. Die Verwaltung des Arbeitsamtes soll durch eine 'Deputation für das städtische Arbeitsamt' (4 Magistratsmitglieder, 2 Stadtverordnete und 8 Bürgerdeputierte) erfolgen.

Weißensee. Aus der Gemeindevertretung. An Stelle des zurückgetretenen Gemeindevertreters Hering (U. S. P.), wurde Frau Papendrop eingeführt. Für Einrichtung von Klassenräumen in der Schule Langenhofstraße wurden 85 000 R. für Reparaturen an Gerichts- und Gefängnisgebäuden 8000 R. bewilligt. Die Gehührensätze für die Gemeindeverwaltung wurden erhöht auf 60 Pf. für je 1000 Kilogramm und 40 Pf. für je 1000 Kilogramm Kohle und Koksabgaben. Für eine Beleuchtungsanlage im Säuglingskrankenhaus und der Pumpstation wurden 800 R. bewilligt. Die Fraktion der U. S. P. hatte einen Antrag eingebracht, die Verkaufszettel an den Wochenenden außer Sonntags bis 6. Sonntags bis 7 gelten zu lassen. Da nur die Lebensmittelgeschäfte mit 1/2 Meßzeit ihre Zustimmung gaben, die anderen Geschäfte durch ein Verbot nicht befreit wurden, lehnte der Sprecher unserer Fraktion einer solchen Regelung zugestimmt ab. Der Antrag wurde mit den Stimmen der U. S. P., die zufällig die Mehrheit hatten, angenommen. Der Strompreis für Kraft- und Lichtverbrauch im März ist der gleiche wie im Februar. Die Vergütung für die Studienassessoren und Referendare wurde nach Berliner Muster beschlossen. Die Beiträge für den Verband der Kaufmanns- und Gewerbevereine wurden auf 50 R. erhöht. Für amtliche Bekanntmachungen wurde das Baukassale auf 1500 R. erhöht. Die U. S. P. hatte einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung des Verlagerungszustandes und der Presseverbote verlangte und an die Reichsregierung gefordert werden sollte. Auf die Ausführungen des Redners der U. S. P. erachtete es unser Fraktionsredner nicht für notwendig einzugehen und gab nur eine Erklärung ab, die selbstverständlich den Vorn auf der Gegenseite entfaltete. Der bürgerliche Vertreter erklärte seine Zustimmung zu geben, wenn an dem Antrage wesentliche Änderungen vorgenommen würden. Da dieses nicht geschah, erfolgte Ablehnung mit 13 gegen 13 Stimmen. Zur Anschaffung von sozialistischer Lektüre für die Volkshochschule wurden 1500 R. bewilligt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Lichtenberg. Auf 9 a und b der Kartoffelkarte 2 Pfd. Kartoffeln, 0 c bis g 1 Pfd. Großbrot.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 2. Abt. Funktionäre und Betriebskorrektoren. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, bei Schmidt, Alte Jakobstr. 174: Wichtige Besprechungen.
- 8. Abt. Jahlabende heute in folgenden Lokalen: 123/24. Bez. bei Klein, Urbanstr. 29; 125/26, 28. Bez. bei Schmidt, Paterstraße 58; 127/29. Bez. bei Vorn, Urbanstr. 82; 130/31, 32, 34. Bez. bei Droge, Tiefenbachstr. 57; 133. Bez. bei Robbe, Tiefenbachstr. 86; 135/36. Bez. bei Vogt, Popststr. 8; 137/38. Bez. bei Schmitt, Gröfstr. 2.
- 10. Abt. Heute 7 1/2 Uhr Jahlabend bei Darg, Langstr. 52; Dehnbreit, Reichsberger Straße 124; Winnig, Forster Straße 36; Kal, Reichsberger Straße, Ecke Rathenowstraße.
- 11. Abt. Die Bezirksjahlabende finden heute 7 Uhr in folgenden Lokalen statt: Cuorstr. 11, Cuorstr. 40, Schlegelstraße 1, Staliger Straße 59.
- 12. Abt. Heute 7 1/2 Uhr Jahlabend in den bekannten Bezirkslokalen.
- 14. Abt. Heute 7 1/2 Uhr Jahlabend bei Radtke, Neue Jakobstr. 1; Krüger, Engelauer 13.
- 19. Abt. Heute 7 Uhr bei Kühn, Schreinerstr. 63: Versammlung aller in und außer der 19. Abt. wohnenden Parteigenossen und 'Vormärts'-Leiter, deren Kinder die folgenden Schulen besuchen oder eingeschult werden: Pottentlocherstr. 20, Samariterstr. 18, Paterstr. 12, Nigauer Str. 51, Frankfurter Allee 27, Frankfurter Allee 37.
- 25. Abt. Heute 7 1/2 Uhr: Jahlabend bei Eißler, Gollnowstr. 13 und Roggins, Barnimstr. 13.
- 29. Abt. Donnerstag, 7 1/2 Uhr abends, in der Schulaula, Sennfelderstr. 6: Versammlung aller Eltern (schulspflichtiger Kinder der 20a und 21b. Gem.-Schule, Dunderstr. 63/64; 288. und 292. Gem.-Schule, Sennfelderstr. 6; 162. und 197. Gem.-Schule, Danziger Str. 23. Referent: Gen. Lehrer Kohle über die Rollen zu den Elternbeiräten.
- 32. Abt. Heute 7 1/2 Uhr, in der Schulaula, Greifswalder Str. 58/59: Große Mitgliederversammlung. Referent: Viktor Schiff über 'Sozialismus und Demokratie in den Weltkriegen'.
- 33. Abt. Jahlabend in nachfolgenden Lokalen: Gilmwald, Buzwiler Straße 24; Daag, Ewinemünder Straße 53; Gabriel, Domminer Str. 15; Schrebel, Oranienb. Str. 13.
- 35. Abt. Heute 7 1/2 Uhr Jahlabend bei Klumper, Dabstr. 17; Krüger, Quisenstr. 34; Weile, Gröfstr. 12.
- 36. Abt. Heute 7 1/2 Uhr Jahlabend bei Eggert, Bergstr. 22; Döll, Bergstr. 71; Bärowalde, Schlegelstr. 8; Weßan, Flugstr. 1; Diele, Dogenstraße 19.
- 37. Abt. Heute 7 1/2 Uhr: Jahlabend in folgenden Lokalen: die Bezirke 727, 728, 730, 734 u. 735 bei M. Koller, Stephanstr. 5; die Bezirke 729, 730, 731 u. 732 bei Paul Dörmann, Mathemomier Str. 74; die Bezirke 736, 737, 738 u. 739 bei G. Vogel, Lehrer Str. 1819.

7 1/2 Uhr in der Jugendbewegung tätige Genossen! Sonnabend, den 28. 7. Uhr, Konferenz im Saal der Antikischen Sprechstunde, I. Hof part. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Roth, 'Sozialismus und Jugendbewegung'. Gleichzeitig eine Ausstellung über Jugendliteratur.

Achtung! Dr. Paul Meyer H.G.: Donnerstag, den 28. nach Arbeitslosigkeits-Jahresbericht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf dem Boden der S. B. D. stehen, im Lokal von Sasse, Lindenow Str. 29.

Achtung Genossen! Rednerinnen-Verein (Gen. Jahrgang) heute abend 6 Uhr Parteivorstand, Lindenstr. 3, I. Hof IV.

Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte und Angestellte Lichtbergs, die auf dem Boden der S. B. D. stehen, heute 7 1/2 Uhr Versammlung in der Schulaula Marktstr. 10. Thema: Die Beamten und die politischen Parteien. Referent Gen. Rader.

Neukölln. Versammlung der 4. Abteilung heute Kirchhofstr. 42, 7 1/2 Uhr. — Elternbeiratswahl der Realschule Bobbinstraße heute 6 1/2 Uhr. Vortrag über Religion und Sozialismus. Referent: Viktor Vogt.

Vorodam. Heute 7 1/2 Uhr Brauabend, Lindenstr. 20.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Jugendsekretariat Westendstraße 7. — Am Freitag, den 27., findet im Jugendheim, Lindenstr. 2, ein Vereinsabend für die weibliche Jugend statt, zu dem die Arbeitermütter besonders eingeladen sind. — Zentral-Jugendheim, Lindenstr. 5: Schülerabend. — Charlottenburg, Weinstr. 4: Wie sollen wir wandern? — Gerner, Adlerstraße, Schulaula: Mädchen-Buchabend. — Friedrichshagen, Schanzenstraße 100 a: Einführung des Lichtbogens. — Groß-Lichterfelde, Albrechtstr. 14a, Jugendheim: Das Ernter Programm. — Lichterfelde, Verlaue 10: Lichtabend. — Wilmersdorf, Danziger Str. 43: Frauenabend. — Prenzlauer Vorstadt, Wilmersdorf, Danziger Str. 43: Einführungsgespräch des Vereins. — Neukölln: Gemeindefschule, Kankanielallee: Schut der Jugendlichen im gewerblichen Leben. — Neukölln: Vorstadt, Gemeindefschule, Bergstr. 56: Disziplinsabend. — Wilmersdorf, Vorstadt, Gemeindefschule, Pappelallee 41/42: Mädchenabend. — Süd-Osten, Gemeindefschule, Brangelstraße: Disziplinsabend. — Wilmersdorf, Wilmersdorf, Kankanielallee 141: Wilhelm-Buchabend. — Wilmersdorf, Oberrealschule am Seepark, Ecke Augustastr. 2: Disziplinsabend.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag Mittag. Trocken und zunächst überwiegend heiter, nur zeitweise neblig bei schwachen südlichen Winden. In den Tagesstunden mild, in der Nacht zu Donnerstag an vielen Orten im Südosten gelinder Frost; später im Westen zunehmende Bewölkung.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Tannhäuser. Anfang 6 Uhr. Schauspielhaus. Friedrich der Große. L. Tell: Der Kronprinz. Anfang 6 1/2 Uhr.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7 1/2 Uhr: Der Liebestrank. Donn.: Gypas und sein Ring. Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky. 7 1/2 Uhr: Pygmalion.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS Direktion: Max Reinhardt Abonnement für die Spielzeit 1920/21 Goethe: Egmont Calderon: Das Leben ein Traum

Metallabfälle Sie erzielen immer noch bei mir die höchsten Tagespreise Genaues Gewicht Reelle Bedienung Quade, Schmidtsstraße 36

Königgrätzerstraße 1 1/2 Uhr: Schloß Wetterstein. 7 Uhr: Schloß Wetterstein. Sonntag: zum ersten Male: König Nicolo

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Die im Schatten leben. APOLLO Theater Friedrichstraße 218 Dir.: James Klein

URPALAST AM ZOO Letzter Tag! Marla Magdalene von Friedrich Hebbel Regie: Reinhold Schünzel Morgen 7 Uhr Uraufführung des Sensations-Prunkfilms Der Tanzauf dem Vulkan

Alte Gebisse zu den höchsten Tagespreisen Zahn 19.-, 20.- bis 50.- Mark Kein Zahn unter 19 Mark

Zahngelbisse, auch zerbrochene, Zahn nicht unter 19 M., auch zerbrochene, Zahn nicht unter 19 M., Kupfer Mk. 25.50

Metallisch geformte, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulante Behandlung. Moderne, erprobte Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- u. Lichttherapie

Komödienhaus 7 1/2 Uhr: „Sic“ Donnerstag: „Sic“ Freitag: Der Biberpelz. Berliner Theater 7 Uhr: Der letzte Walzer

Fregolia in ihren 100 Verwandlungen u. Illusionen. Gertrude Barrison aus London zurück

Berliner Theater 7 Uhr: Der letzte Walzer. Fritz Masyar, Otto Storm, Haas Wassmann usw.

Casino-Theater Lothringenstr. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr: Des großen Andrages wegen nach kurze Zeit verlängert! Ueber 100 mal aufgeführt!

Central-Theater 7 1/2 Uhr: Fräulein Puck. Deutsches Opernhaus 9 1/2 Uhr: Siegfried. Die Tribüne

Schniepels Lene und erstklassige Spezialitäten Sonntag 3 1/2 Die Wunderkur Folies Caprice Täglich 7 1/2 Die abgetretene Frau

Eilt! Eilt! Sie finden Geld wenn Sie alte Zahngelbisse auch zerbrochene, bei mir verkaufen. Zahngelbisse bis 3000 M. Einzelne Zähne 17, 20 bis 100 M.

Residenz-Theater. Heute 4 Uhr, kleine Preise: Rotkäppchen. Täglich 4 1/2 Uhr: Evchen Humbrecht.

Circus Busch Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr: Das gr. Febr.-Programm. Geschw. Chavariat u. Drahtschlänger

Ankauf Juwelen zum heutigen hohen Kurs Margraf & Co. G.m.b.H. Kanonierstr. 9

Femina. Sonnt. 4: Hülse und Greißel. Sonntag 4 Uhr: Jehanniseuer. Reichshall-Theater

Admirals-Palast. Die lustige Puppe 7 1/2 Uhr. Winter-Garten Täglich 7 30 Uhr: Varieté-Spielplan

Dr. Hoffbauer's ges. gesch. Lecithin-Präparate in Pillen und Pulverform Aus reinem, dem Hühnerel entzogenem

METROPOI KABARETT. 8 Ehrenst. 53-54. Hanna Crosswik Lillian Holtan Lily Heya

Orient Straßberger Platz 3 Min. vom Alexanderplatz. Geistes- und schäneres Kabarett in Berlin NO.

Laczi u. Aenni in ihrem Tanzsketch Whisky-Rausch (Traum eines Tänzers)

Rosel Körner Bernhard Bernhardt Glowa Dolly Lillian Denis

Gold, Silber, Platin in jeder Form, auch alt, zu höchstem Tagespreise, taufst Reto Gold- und Silberfeldausstatt Franz Urbaschke, SW 68, Margrafenstr. 23.

Metallisch geformte, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulante Behandlung. Moderne, erprobte Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- u. Lichttherapie

Jüngere Arbeiterinnen für leichte Montage- und Reparaturarbeiten verlangt Deister Straße 27 30.

Geübte Buchhalterinnen erhalten in unserem Hauptkontor sofort Anstellung Durchgehende Arbeitszeit. A. Wertheim G. m. b. H. Volstraße 21, III.

Stellengesuche

Gewerlichkeitssekretär (freie Gewerlichkeit) sucht passende Stellung. Langjährige Erfahrung im Betrieb mit Behörden und Arbeitgebern.

Stellenangebote

Werfmeister gefucht, unerschrocken, für Fabrik von Aluminium-Röhren-gehäusen in Holland, soll mit Stangearbeitern vertraut und erstklassiger Feinwerk sein.

Jüngerer Bureaubeamter

mich per sofort oder später von geübter Gesellschaft verlangt. Offerten unter T. 48 Hauptredaktion des Vortages.

Galvaniseur - Meister

tätige, selbständige Kraft, per sofort oder später gesucht. Schriftl. mit L. P. 576 bei Rudolf Mosse, Stuttgart.

Tüchtige Verkäufer

für die Abteilungen: Teppiche Möbelstoffe Gardinen sofort gesucht. Meldungen von 11 bis 12 Uhr vormittags. Kaufhaus des Westens G. m. b. H. BERLIN W. 50 Tauentzienstr. 21/24.

Galvaniseur und Schleifer mit langjähriger Erfahrung für Werkstattarbeiten gesucht. Amt Hochplatz 420.

Pliegerin zu befehlen. Die Aufgaben der Pliegerin liegen auf dem Gebiete des Formmaschinenwesens und der Jugendberufshilfe.

Junge Mädchen für Vorkaufarbeiten gesucht. Meldung Mittwoch von 9-12 Uhr. Hauptredaktion S. 1. vom

Jüngere Arbeiterinnen finden dauernde Beschäftigung Grünebaum & Schaefer, SW. Postfach 1000, 3.

Berufserinnen aus der Schuhbranche sofort oder später gesucht. Schuhfabrik Dorndorf Friedrichstraße 65, 2. Stock.

Deutschnationale Lakaengeschichten.

Klatsch gegen Otto Braun.

Die „Deutsche Tageszeitung“ versteht ihren Lesern eine rührende Geschichte von dem Schicksal eines Lakaien, den der Landwirtschaftsminister, Genosse Otto Braun, aus der Wohnung gejagt haben soll, um für seinen Chauffeur Platz zu schaffen. Die Sache liegt ungemein einfach: Herr v. Schorlemer hatte sich 1919 einen Lakaien engagiert, für den Genosse Braun naturgemäß keine Verwendung hatte. Der Lakai wurde zunächst als Hilfsanzahlbedienter beschäftigt, und ohne Wissen des Ministers wurde ihm eine Dreizimmerwohnung für 25 M. monatlich vermietet, jedoch unter der Bedingung, daß er sie bei Ausscheiden aus dem Dienst räumen müsse. Der Lakai schied schon nach 14 Tagen aus und wurde Diener in einem feudalen Klub. Seine Wohnung wurde nun für den Chauffeur in Anspruch genommen, der bis dahin im Norden gewohnt und einen stundenlangen Weg zu seiner Dienststelle zurücklegen hatte. Dem Lakaien des Herrn von Schorlemer wurde eine Zweizimmerwohnung im dritten Obergeschloß des Dienstgebäudes und, als er diese ablehnte, die Wohnung des Chauffeurs in Berlin K. angeboten. Das Genosse Braun einem Mann, der im Hause zu tun hatte, einen gewissen Vorzug einräumte gegenüber einem anderen, der mit dem Ministerium gar nichts mehr zu tun hat, kann nur für Leser der „Deutschen Tageszeitung“ ein Beweis dafür sein, daß er kein „soziales Herz“ besitzt.

Damit wäre wieder einmal eine hübsche Klatschgeschichte abgetan. Um eine neue werden die Herrschaften ja nicht verlegen sein, denn so machen sie ihre „Politik“.

Gegen die Saboteure der Ernährungswirtschaft.

Auf Grund eines Erlasses des Reichswirtschaftsministers hat der Justizminister die Beamten der Staatsanwaltschaft angewiesen, gegen solche Personen energisch vorzugehen, welche Landwirte zur Nichtablieferung öffentlich bewirtschafteter Erzeugnisse aufzulegen. In Zukunft hat also jeder, der Erzeugnisse von Getreide, Vieh, Kartoffeln usw. auffordert, ihrer Lieferpflicht nicht nachzukommen, eine Anklage gemäß §§ 110, 111 des Str.G.B. und entsprechende Bestrafung zu gewärtigen.

Die Entlassungen in den Eisenbahnwerkstätten.

Eine Erklärung Cezers.

Berlin, 24. Februar. In einer Zusammenkunft des Ministers Cezers mit Abgeordneten der mehrheitssozialistischen Fraktion der Bunderversammlung brachten diese Beschwerden darüber vor, daß bei der Entlassung von Arbeitern in den Eisenbahnwerkstätten vielfach nicht nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern auf Grund persönlicher oder politischer Beweggründe vorgegangen sei. Der Minister erklärte, die Eisenbahndirektionen wiederholt angewiesen zu haben, daß bei diesen lediglich durch betriebswirtschaftliche Notwendigkeit bedingten Entlassungen keine politischen oder gewerkschaftlichen Maßregelungen vorgenommen werden dürfen. Wo gegen seinen Willen Verstöße sei, werde durch besonders zusammengesetzte Kommissionen für sofortige Abhilfe gesorgt werden. Ueber die Notwendigkeit in den Werkstätten auf strenger wirtschaftlicher Grundlage die Verbesserungen für erhöhte Arbeitsleistung zu schaffen, war Einverständnis bei allen Teilnehmern der Besprechung.

Berlin, 24. Februar. Die Staatsbahnverwaltung weist darauf hin, daß bei der kürzlichen Entlassung von Arbeitern in den Werkstätten neben betriebswirtschaftlichen und arbeitswirtschaftlichen Gründen wegen der Ueberfüllung der Betriebe auch brauchbare Arbeitskräfte haben entlassen werden müssen. Wegen deren Beschäftigung in Privatbetrieben und besonders in Berlin, die Ausbesserungsarbeiten für die Eisenbahn ausführen, brauchen daher keinerlei Bedenken zu bestehen.

Die drohende Katastrophe in der Zigarettenindustrie.

Dresden, 24. Februar. Die Kündigung sämtlicher Angestellten und Arbeiter der gesamten Zigarettenindustrie Deutschlands hat naturgemäß eine sehr starke Benutzung in den beteiligten Kreisen hervorgerufen. Die heute zwischen den Vertretern der Arbeitgeber, Angestellten- und Arbeitnehmerorganisationen stattgehabte Besprechung ergab vollständige Uebereinstimmung, daß weder die im neuen Tabaksteuergesetz vorgesehene Belastung der Zigaretten noch die vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagene Minderung die Möglichkeit für die Weiterführung der Betriebe der Zigarettenindustrie gibt. Es herrscht Uebereinstimmung, daß die Folge der vorgeschlagenen Steuern eine vollständige Stilllegung zahlreicher Betriebe und eine weitgehende Einschränkung anderer Betriebe sein wird. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben daher durchwegs das gleiche Interesse, die Steuer so zu gestalten, daß die Zigarettenindustrie in bisheriger Umfang lebensfähig bleibt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren sich darin einig, daß im Falle einer unangemessen gesteigerten Zigarettenbelastung zahlreicher Arbeitnehmer gekündigt werden muß, daß diese Kündigung auf jeden Fall auch hätte eintreten müssen, falls augenblicklich von der einschneidenden Maßnahme der sofortigen Kündigung Abstand genommen worden wäre. Da die Kündigung unter dem Zwange der augenblicklichen Verhältnisse und bedingt durch die Kürze der Zeit in diesem Umfang vorgenommen worden ist, ist es selbstverständlich, daß sie in dem Augenblick einer Einigung mit dem Reichsfinanzministerium oder den sonst zuständigen Behörden restlos zurückgenommen wird. Ebenso selbstverständlich ist es, daß bei Zurücknahme der Kündigung das Angestellten- oder Arbeitsverhältnis weiterläuft.

Plünderungen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 24. Februar. Nach Radikalschluß hat hier eine große Demonstration der Arbeiter gegen die bestehende Lebensmittelpolitik stattgefunden. Der Mob benutzte die Gelegenheit und plünderte zahlreiche Lebensmittel-, Schuhwaren- und andere Geschäfte völlig aus. Französische Gendarmen griff ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Abends 7 Uhr war die Ruhe wiederhergestellt.

Die Polen in Danzig an der Arbeit.

Nach dem „Dziennik Gdansk“ hat der Kongreß der polnischen Kaufleute in Danzig eine Resolution angenommen, in der die polnische Regierung erlaubt wird, darauf hinzuwirken, daß umgebend eine polnische Oberpostdirektion in Danzig eingerichtet wird. Ferner verlangt der Kongreß, daß alle bisherigen staatlichen Fabrikanlagen in Danzig ausschließlich Polen zufließen sollen. Ferner soll die bevorstehende Konvention zwischen Danzig und Polen so ausfallen, daß Danzig innig mit Polen verbunden wird. Dem polnischen Handel sollen in Danzig alle wirtschaftlichen Rechte eingeräumt werden, als wenn Danzig dem polnischen Reich zugehörig wäre.

Abstimmung in Ostpreußen.

Wie die „Danziger Volksstimme“ aus Allenstein erfährt, soll die Abstimmung in Ostpreußen in drei Monaten, und zwar vor der weipreussischen Landtagung, stattfinden.

Tagung des Brandenburgischen Provinziallandtages.

Am Sonntag begannen im Landeshause zu Berlin die Beratungen des Brandenburgischen Provinziallandtages. Nach der politischen Umwälzung Deutschlands gewinnt diese Tagung schon deswegen erhöhte Bedeutung, weil die Zusammenkunft auf Grund des Proporzverhältnisses in den zur Provinz gehörenden Gemeinden und Kreisen erfolgt und daher ein dem politischen Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien entsprechendes ist. Bisherigen bisher die brandenburgischen Großgrundbesitzer und Landräte völlig das Feld, so sind diese Herren unter den jetzigen Verhältnissen in eine nahezu verschwindende Minderheit gedrängt.

In Berücksichtigung dieser Tatsache haben die bürgerlichen Parteien sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, so daß den beiden sozialdemokratischen Fraktionen eine geschlossene bürgerliche Fraktion gegenübersteht, wobei die Demokraten als das jüngste an der Tages die wichtigsten Entscheidungen den Ausschlag geben. Für die Wahlverschiebung in diesem Jahre nur als reaktionär bekanntes Parlament war die Tatsache gelten, daß ein sozialdemokratischer Präsident, unter Genosse, Dr. Vorchar, Charlottenburg, die Verhandlungen leitete.

Die Beratungen dürften diese Woche kaum noch zu Ende gehen, da die Hauptarbeit in den einzelnen Kommissionen zu leisten ist. Erhöhte Bedeutung erlangt die diesjährige Tagung durch die Frage „Groß-Berlin“, wodurch die Provinz in ihren Lebensfunktionen auf tiefste berührt wird. Neben die städtischen Teile von der übrigen Provinz abgetrennt, so würde die Restprovinz mit ihren sozialen Einrichtungen und Verfassungen zur Lebensunfähigkeit verurteilt werden. Hier gilt es, im Geheiß der noch eine Lücke auszufüllen. Zur Behandlung für diese Frage ist ein besonderer Ausschuß vom Provinziallandtag eingesetzt, der die Folgen des Gebiets Groß-Berlin auf die Restprovinz durchberät und dem Plenum Vorschläge zu deren bester Lösung machen soll.

Altkanzler. Der Ausschluß der Nationalversammlung für Verdrößerungspolitik verhandelte gestern den Wesehenswert über die Prüfung von Bildstreifen in zweiter Lesung. Der erste Abich des § 1, nach welchem Bildstreifen (Filme) nur dann in Verkehr gebracht oder vorgeführt werden dürfen, wenn dies von den amtlichen Prüfungsstellen genehmigt ist, blieb unverändert. Der zweite Absatz wurde sehr eingehend erörtert und nach Ablehnung einer Anzahl von Anträgen wie folgt gefaßt: Die Zulassung eines Bildstreifens erfolgt auf Antrag. Sie ist zu verweigern, wenn die Prüfung ergibt, daß die Vorführung des Bildstreifens geeignet ist, durch Anreiz zu Straftaten die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, die Religion oder religiöse Einrichtungen herabzuwürdigen, verhöhnen oder entwürdigend zu wirken, oder das deutsche Ansehen, oder die Beziehungen zu auswärtigen Staaten zu gefährden. Die Zulassung darf wegen einer politischen, sozialen, religiösen, eifrigen oder weltanschaulichen Tendenz als solcher nicht verweigert werden. Auf Antrag Dr. Ditzel wird dem § 8 ein dritter Absatz beigefügt, nach dem Schulbehörden und Jugendämter das Antragsrecht erhalten, weitere Bestimmungen zum Jugendschutz unbeschadet weitergehender landesgesetzlicher Vorschriften zu erlassen.

Westpreußen unter polnischer Herrschaft. Die „Danziger Zeitung“ meldet: Im abgetretenen Gebiet werden Männer bis zum 25. Lebensjahre zum Heeresdienst herangezogen. Das Ausfuhrverbot wird in strengster Weise ausgeführt. — Nach einer Anordnung der polnischen Regierung müssen alle deutschen Zeitungen in Polen die Städtenamen im besetzten Gebiet am Kopfe sowie im Text in der polnischen Bezeichnung wiedergeben.

Achtung, Auswanderer! Der deutsche landwirtschaftliche Anbauverein für Argentinien in Hamburg hatte Argentinien als Zielland in Aussicht genommen. Seine im Sommer 1919 nach dort ausgesandte und etwa 100 Köpfe zählende Vorkommission erlebte in Argentinien große Enttäuschungen und zerstreute sich. Neuerdings plant der Verein für Brasilien eine gleiche Unternehmung. Die Leiter des Vereins haben sich der belehrenden Aufklärung unangenehm gezeigt, auch fehlt ihnen die Sachkunde zur erfolgreichen Durchführung eines solchen Unternehmens; dazu ist die finanzielle Grundlage ganz unzulänglich, so daß Landesunfugliche schwer gerächt und gefährdet werden müssen. Vor einer Beteiligung an dem Unternehmen wird dringend gewarnt.

Preussische Landesversammlung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Nach Erledigung keiner Anträge folgt die Weiterberatung des demokratischen und des deutschnationalen Antrages über die Höchstmietenerordnung des Ministers für Volkswirtschaft vom 9. Dezember 1919.

Hg. Dr. Leidig (D. Sp.): Es ist uns zweifelhaft, ob die Verordnung den richtigen Weg eingeschlagen hat.

Minister Stegerwald: Die Verordnung ist viel elastischer, als in Hausbesitzkreisen zugegeben wird. In der Ausländerfrage sind wir schon beim Reichsminister des Innern vorzüglich geworden. Er steht ebenso wie wir auf dem Standpunkt, daß bei der jetzigen Wohnungsnot der unerwünschte Zustrom von Ausländern einzubringen nicht werden muß. Der Haus- und Grundbesitz umfaßt jetzt einen Wert von etwa 70 bis 80 Milliarden Mark. Würde man ihm die Spekulation ermöglichen, so würde der Wert in wenigen Jahren mehrere 100 Milliarden betragen, die dauernd verzinst werden müßten. (Ober, Heil im Zentrum.) Im übrigen wird jetzt auch in Hausbesitzkreisen und in den Mieteneinigungsämtern zugegeben, daß die Verordnung nicht in dem Sinne gemeint war, wie es früher einseitig von den Hausbesitzern dargestellt wurde. (Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die Debatte. Das Schlusswort nimmt

Hg. Dr. Ruer (Dem.): Wir sind absolute Gegner der freien Wirtschaft auf dem Wohnungsmarkt, wir verlangen aber, daß die Regelung auf unanfechtbarer Rechtsgrundlage erfolgt. Für den Grundbesitz müßte eine Verschuldungsgrenze festgesetzt werden. Eine gewisse Berücksichtigung des gemeinsamen Geldwertes bei der Festsetzung der Mieten ist volkswirtschaftlich nicht zu umgehen. Im übrigen halten wir an der Auffassung fest, daß die Festsetzung von Höchstmieten Reichssache ist. (Beifall h. d. Demokraten.)

Das Haus beschließt, daß die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Vorlage der Verordnung zur Kenntnisnahme erst am Mittwoch stattfinden soll.

Es folgt die Beratung von Anträgen auf Vorsehung der Pensionäre, Altpensionäre, Rentien- und Ruhegehaltsempfänger. Nach eingehender Aussprache wird der Antrag Herrmann über die Regelung der Altpensionäre, der Witwen- und Rentnerempfänger angenommen, während die übrigen Anträge dem Haushaltsausschuß überwiesen werden.

Es folgt die Beratung sozialdemokratischer Anträge über die Erhöhung der Bezüge von Kriegswitwen, Kriegsbeschädigten und unehelichen Kindern gefallener Krieger. Die Anträge werden angenommen. — Dann folgt die Beratung eines Antrages Ehrlich (N. S. P.) auf Vorsehung der Regelung der Rentnerempfänger der Invaliden- und Unfallversicherung. Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Kürze Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Abstimmung über die Höchstmietenerordnung, Anträge über das Bierneuwesen).

Schluß 5 1/2 Uhr.

Wirtschaft.

Die große Not der Industriekapitalisten!

In Nr. 89 des „Vorwärts“ haben wir den Abschluß der Ruhrzweck „Consolidation“ veröffentlicht. Im Anschluß daran wollen wir noch die Förderleistungen und die Bruttoüberschüsse gegenüberstellen. Es haben betragen:

	Kohlenförderung	Bruttoüberschuß
1914	1 639 708 Tz.	6 641 700 M.
1915	1 457 902 .	7 198 075 .
1917	1 515 058 .	10 428 591 .
1918	1 530 319 .	10 349 617 .
1919	1 328 194 .	11 700 502 .

Man beachte, daß 1919 zwar die Kohlenförderung um mehr als 200 000 Tonnen niedriger war als 1918, der Bruttoüberschuß stellte sich aber im ersten Jahre nach der Revolution um rund 1 250 000 M. höher als im letzten Kriegsjahr! Das Unternehmen hat sich mithin von den wirtschaftlichen Schäden, die es zweifellos auch in den unruhigsten Wochen und Monaten nach dem Kriegsanbruch erlitt, sehr rasch erholt. Vergleicht man gar die Bruttoüberschüsse in den Jahren 1914 und 1919, so stellt sich für letzteres ein ganz enorm höherer Bruttoüberschuß pro Tonne heraus. Der Tonnenüberschuß hat betragen: 1914 rund 4 M., 1918 rund 6,55 M., 1919 rund 8,80 M. Man kann aus dieser Ueberüberschüßsteigerung ersehen, daß es dem Unternehmen während des Krieges gelang, eine enorme Erhöhung des Tonnenüberschusses zu erzielen, und im ersten Jahre nach der Revolutionstieg er weiter. Wenn auch das nicht bei allen, vielleicht nur bei einer Minderzahl der Werke zutrifft, so zwinnt dieses lehrreiche Beispiel doch die zünftigen Stellen, bei der Festlegung der Kohlenpreise sich des großen Ueberüberschusses der Zeche „Consolidation“ zu erinnern!

„Consolidation“ wurde 1889 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und hat seit dieser Zeit 600 Prozent Dividende ausbezahlt, also das Sechsfache des Aktienkapitals. Hieraus ergibt sich, welchen ungeheuren Tribut der Bergmann aus seiner Arbeit und das Volk an das Kapital in Form arbeitslosen Renteneinkommens zu zahlen gezwungen war. Dieses große Werk hat die Volksgesamtheit seit langem freigekauft!

Konfolidiertes Braunkohlen-Bergwerk „Caroline“ bei Döhlen. Der Kabaerwinn des Geschäftsjahres 1919 beläuft sich auf 1,74 Mill. M. (i. V. 1,51). Dazu kommt der Vortrag aus 1918 mit 52 002 M. (54 687 M.), sowie eine Einnahme aus verfallener Dividende von 1080 M. Nach Abschreibungen von 987 560 M. (810 556 M.), sowie nach Abzug eines Kursverlustes auf Aktien von 32 427 M. (3) verbleibt ein Reingewinn von 771 845 M. (758 858 M.). Aus ihm gelangen, wie bereits von uns gemeldet, wieder 30 Proz. Dividende auf das Aktienkapital von 1 300 200 M. zur Verteilung, was einen Betrag von 408 060 M. erfordert.

In der Bilanz sind Effekten (Staatspapiere und unverzinstes Reichsschatzamtweihen) mit 119 935 M. (492 870) verzeichnet. Debitoren (Schauldnerschulden) 701 777 M. (223 550), an Bankguthaben werden 634 610 M. (505 015) aufgeführt. Die Liquidität der Bilanz hat sich demnach noch weiter erhöht. Kreditoren (Gläubiger) haben 268 933 M. (216 100 M.) zu fordern. Von der im Jahre 1918 aufgenommenen, der Gesellschaft langjährig gesicherten Anleihe von 4 Mill. M. hat das Unternehmen bisher nur 300 000 M. eingefordert. An offenen Forderungen verzeichnet die Bilanz einschl. der Kriegsgewinnsteuerrücklage einen Betrag von 781 000 M.

Dividenden der letzten 15 Jahre: 80, 28, 22, 20, 30, 30, 30, 30, 28, 25, 20, 15, 10 = 378 Proz.

Eisenhüttenwerk Thale a. Harz. Geegründet 1872. Reingewinn 4 288 010, 83 M. Der Generalversammlung sollen 30 Proz. Dividende mit 2 250 000, — M. vorgeschlagen werden. Dividenden der letzten 9 Jahre: 35, 47, 26, 16, 18, 20, 18, 12,7 = 219 Proz.

Bitterfelder Lützen-Grube, Kohlenwerk und Siegelei A.-G. in Zickendorf bei Sandersdorf. Ueberüberschuß 858 611 M., 30 Proz. Dividende, Rücklagen 480 000 M., Zantienem 50 074 (38 816) M. und Vortrag auf neue Rechnung 28 538 (4781) M. Dem Geschäftsjahre entnehmen wir: Den unangenehmsten Einwirkungen während des Jahres 1919 konnten wir infolge der Stärke unserer finanziellen Stellung besser begegnen, als der Durchschnitt unserer Industrie. Wir waren sogar in der Lage, zwei vollständige, allerdings gebrauchte Baggergeräte nebst Zubehör anzuschaffen, die in der Bilanz als Zugang auf den bergbauischen Anlagewerten erscheinen.

Gegen die Zwangswirtschaft!

Der Bund gegen die Zwangswirtschaft versendet durch seine Mitglieder als Beilage zu Geschäftsbriefen ein rotes Zirkular: „Zwangswirtschaft ist Schieberwirtschaft!“ Der Handel sei frei! Das Gewerbe sei frei! Die Ein- und Ausfuhr sei frei! Die landwirtschaftliche Produktion sei frei! Wir fügen hinzu, was fehlt: „Denn wir leben doch im Ueberfluß, so daß bei freier Wirtschaft jeder das erhalten kann, was er braucht!“ Warum fehlt dieser Ratssatz? Weil dann jedermann sofort die große Lüge erkennen würde, die in den obigen Theesen des Bundes steckt. Bei freier Wirtschaft würde der Handel noch reichere Gewinne erzielen, als es jetzt der Fall ist, und die großen Massen verkommen. Bei freier Wirtschaft erhält der die Ware, der den größten Geldbeutel hat. Leider sind fast alle Maßnahmen der Zwangswirtschaft nur „halbe“ Maßnahmen, weil die Kapitalisten es verstehen, durch ihre Macht sich Konzessionen zu verschaffen, die ihnen Hintertüren wieder aufmachen — und die Staatsautorität so stark gelähmt hat.

Linde's Eismaschinen — Deutsche Dyhdric-A.G. Die Vereinigung erfolgt zur Vereinfachung des Verkaufsgeschäftes in Sauerbrunnen und Wasserkräften sowie Klingen- und Schwefelapparaten, wofür auch bereits mit der Chemischen Fabrik Friedhelm-Elektron Abmachungen bestehen. Die einwilligen zwischen Friedhelm und Linde unverändert bestehen bleiben.

Eine Betriebsstelle für die landwirtschaftliche Maschinenindustrie. Mit 10 Millionen Mark wurde die Deutsche Landwirtschaftsmaschinen A.-G. „Deima“ gegründet. Die „Deima“ wird alleinige Betriebsstelle von mehr als 25 landwirtschaftlichen Maschinenfabriken, in denen auch unter ihrer Marke Maschinen nicht seit angefallener Fabriken betreiben. Der leitende Gedanke ist: Spezialisierung und Spezifizierung bei den Werken. Zusammenfassung des Verlaufs in einer Hand und Errichtung von Filialen in allen Teilen des Reiches.

Das Ausfuhrverbot für Papier, Pappe und Waren daraus auf Grund der Verordnung vom 20. Dezember 1919 ist neu gefaßt. Das Ausfuhrverbot ist auf Gullansfaser, Einbandböden sowie auf künstliche Blumen ausgedehnt. Ausfuhrbewilligungen werden von der Außenhandelsstelle für das Papierfach erteilt, nur für künstliche Blumen ist die Reichsstelle für Textilwirtschaft zuständig.

Starke Aufträge des Auslandes für die deutsche Tapetenindustrie. 100 Kilogramm weißes Tapetenpapier kosteten Anfang Januar noch 320 M., am 21. Januar aber bereits 640 M. Es liegen seit Wochen so viele Auslandsaufträge vor, daß jede Tapetenfabrik in der Lage wäre, einzeln und allein nur für das Ausland zu arbeiten. Im Interesse der deutschen Händler, werden die meisten Aufträge für das Ausland abgewiesen, man könne die auswärtige Kundenschaft aber nicht ganz aufgeben.

